



ÖVP

Kursbuch

ZUKUNFT



Modern.
Sicher.
Menschlich.

Inhaltsverzeichnis

Standort Österreich	4
Budget, Steuern und Abgaben	8
Arbeitswelt	10
Forschung und Entwicklung	14
Energiesicherheit und Energiewende	16
Infrastruktur	20
Medien und Informationsgesellschaft	24
Ländlicher Raum	28
Umwelt	32
Land- und Forstwirtschaft	38
Soziales Österreich	42
Gesundheit	44
Pflege	48
Menschen mit Behinderungen	52
Familie	54
Senioren	56
Frauen	60
Jugend	64
Sport	66
Wissens- und Kulturraum Österreich	68
Bildung	68
Wissenschaft und Forschung	74
Kunst und Kultur	78
Sicheres Österreich	82
Innere Sicherheit	82
Demokratie und Justiz	88
Äußere Sicherheit	92
Integration	96
Europa	100

Am 1. Oktober 2006 entscheiden die Österreicherinnen und Österreicher über die Zusammensetzung des nächsten Nationalrates. **Diese Wahl ist wie kaum eine andere Wahl richtungsentscheidend für die Zukunft unseres Landes:**

- Soll der auch international vielbeachtete Reformkurs der Volkspartei fortgesetzt werden? Soll die österreichische Erfolgsgeschichte der vergangenen Jahre fortgeschrieben werden?
- Oder wird es in Österreich eine Linkswende geben? Wird in Österreich, wie in Deutschland ein rot-grünes Experiment kommen?
- Das Erbe von Rot-Grün in Deutschland sind Rekordschulden, Rekordarbeitslosigkeit und sieben Jahre keine Pensionserhöhung.

Die Entscheidung liegt bei den Wählerinnen und Wählern. Zu ihrer Orientierung legt die Volkspartei mit dem vorliegenden Wahlprogramm ihre Ziele für die nächsten vier Jahre Regierungsarbeit vor. Dieses Programm nimmt Maß an der Sicherheit und an den Lebenschancen der Österreicherinnen und Österreicher: Die Volkspartei steht

- für einen starken Wirtschafts- und Arbeitsstandort Österreich,
- für Sicherheit und Lebensqualität,
- für Zusammenhalt und ein modernes Österreich-Bewusstsein.

Die Volkspartei ist Österreichs Verantwortungspartei. Sie setzt sich dafür ein, dass Österreichs erfolgreiche Wirtschaft, die verlässliche soziale Sicherheit, die guten Bildungs- und Ausbildungschancen, gesunde Lebensmittel und eine intakte Natur auch für die Zukunft gesichert sind. Die Volkspartei nimmt die Verantwortung für die Zukunft ernst, damit die Lebenschancen der künftigen Generationen genauso gesichert sind wie jene der Gegenwart. Generationengerechtigkeit in einer Verantwortungsgesellschaft heißt für uns, die Chancen der Jugend ebenso zu fördern wie das Sozial-, Pflege- und Gesundheitsnetz im Interesse der älteren Generation zu sichern und auszubauen. Um diese Ziele für die Österreicherinnen und Österreicher von heute und morgen zu erreichen, bedarf es kompetenter und kontinuierlicher Reformarbeit. Damit das Gute gesichert ist, muss in einer Zeit des Wandels und der Herausforderungen vieles verändert werden. Wir orientieren uns dabei an der christlichen Soziallehre mit den Grundwerten der Personalität, Solidarität und Subsidiarität.

In den vergangenen Jahren haben wir als Volkspartei gezeigt, dass wir die **richtigen Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart** haben: Österreich steht im internationalen

Vergleich sehr gut da. Um unsere ausgezeichneten Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten beneiden uns viele andere Länder. Dahinter steht zu allererst der Fleiß und das Engagement der Österreicherinnen und Österreicher, die wir im Steuer- und Abgabebereich weiter entlasten werden. Dahinter steht aber auch eine klare, berechenbare Politik, die auf einem festen Wertefundament ruht. Unser Leitbild ist das Wirtschafts- und Sozialmodell der ökosozialen Marktwirtschaft. Wir verfolgen damit die Ziele wirtschaftlicher Erfolg, soziale Sicherheit und hohe Umweltstandards gleichermaßen. Wir geben damit eine überzeugende Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung und leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Zukunft des europäischen Lebensmodells, das wir mit einer aktiven und selbstbewussten Europapolitik gemeinsam mit unseren Partnern in Europa weiterentwickeln werden.

Wir haben in den vergangenen Jahren gezeigt: Wir können mit der Zukunft wirtschaften. Wir verspielen die Chancen dieses Landes nicht – wir sorgen dafür, dass sie weiter nachhaltig wachsen. Deshalb bitten wir Sie guten Gewissens um Ihr Vertrauen für die nächsten vier Jahre Arbeit für Österreich. Unterstützen Sie uns bei unserem Kurs Richtung Zukunft. Für ein starkes und erfolgreiches Österreich in Europa.

Damit Österreich besser bleibt, sind wir ein verlässlicher Partner!

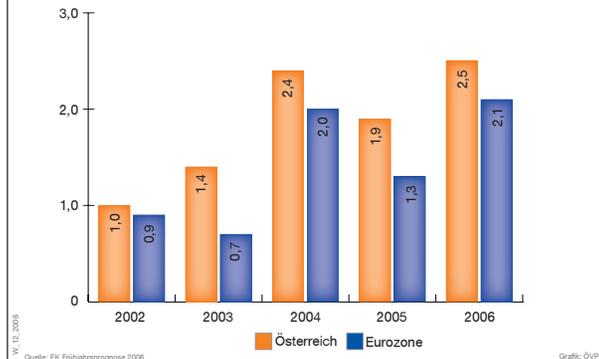
Raum für Wirtschaft und Arbeit. Motor für Wachstum und Innovation. Garant für Lebensqualität und Zukunft.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Mehr Wirtschaftswachstum – regelmäßig über dem Durchschnitt der Eurozone.
- ▶ Mehr Wettbewerbsfähigkeit – vom 8. auf den 3. Platz in der EU.
- ▶ Wachstum steigt weiter – laut WIFO bzw. IHS zumindest + 2,6% für 2006.
- ▶ Österreich ist „Exporteuropameister“ – Steigerung von 50% der Exportquote seit 2000, heuer wird die Exportschallmauer von 100 Mrd. Euro durchbrochen.
- ▶ Entlastungen für Klein- und Mittelbetriebe (KMUs) – in der Höhe von über 1,3 Mrd. Euro seit 2000, weitere 200 Mio. Euro durch das KMU-Paket 2006.

Österreich: Mehr Wirtschaftswachstum als die Eurozone!

Wirtschaftswachstum in Prozent – Prognose



Der Standort Österreich ist auf dem richtigen Weg. Die Politik der Volkspartei hat sich bewährt. Wir haben das Modell der ökosozialen Marktwirtschaft konsequent umgesetzt. Denn wirtschaftliche Freiheit und Leistung sind für uns die unverzichtbaren Voraussetzungen für gesellschaftliche Solidarität und Nachhaltigkeit.

Die Volkspartei verfolgt die richtige Ordnungspolitik:

- ▶ Wir setzen auf den Markt, wo er funktioniert und Vorteile bringt (z. B. Privatisierung, modernere Gewerbeordnung).

- ▶ Wir setzen auf soziale Gerechtigkeit (Hospizkarenz, Behindertenmilliarde)
- ▶ und ökologische Verträglichkeit (Biospritbeimischung, Diesel-Kat für PKW), wo diese zur Erreichung unserer Ziele nötig sind.

Die Volkspartei hat bewiesen, dass sie wirtschaften kann:

- ▶ Im Großen, indem sie das Budget des Bundes in den Griff bekommen und mit der Schuldenpolitik Schluss gemacht hat.
- ▶ Im Kleinen, indem durch die Verwaltungsreform für Bürger sowie Betriebe konkrete Vereinfachungen und damit erhebliche Einsparungen erzielt werden.

Die Wirtschaftspolitik der Volkspartei kennt die richtige Balance und das richtige Maß:

- ▶ Wir haben durch fairen Wettbewerb dafür gesorgt, dass die Unternehmen klare Rahmenbedingungen vorfinden und die Konsumenten beste Preise erhalten (z.B. Telekommunikation).
- ▶ Wir haben aber auch durch einen starken Konsumentenschutz berechnete Interessen der Konsumenten durchgesetzt.

Dass von der Wirtschaftspolitik der Volkspartei ganz Österreich profitiert, zeigt das Beispiel des erfolgreichen Privatisierungskurses: Die Privatisierungen haben den Betrieben und den Mitarbeitern Vorteile gebracht. Die Betriebe sind erfolgreicher und wettbewerbsfähiger denn je und sichern damit Arbeitsplätze. Gleichzeitig hat sich durch die Privatisierungen auch der Kapitalmarkt positiv entwickelt. Hunderttausende Österreicher sind heute Aktienbesitzer. Die Wiener Börse ist aufgeblüht. Durch die Privatisierungserlöse konnten zudem die Schulden der ehemaligen Verstaatlichten in der Höhe von mehr als 6 Mrd. Euro abbezahlt werden.

Auf Basis der Wirtschaftspolitik der Volkspartei haben Österreichs Unternehmen ihre Chancen genutzt und unser Land zum Export-Europameister gemacht. Der Donauraum – vom Schwarzwald bis zum Schwarzen Meer – hat sich in den letzten Jahren zum bedeutendsten und dynamischsten Wirtschaftsraum in Europa entwickelt. Österreich ist nicht nur wirtschaftliche Drehscheibe, sondern ein bedeutender Investor in diesem Wirtschaftsraum.

Österreich soll seinen erfolgreichen Kurs für einen starken Wirtschafts- und Arbeitsstandort beibehalten:

- ▶ Unser großes Ziel: Bis 2010 wollen wir in Österreich Vollbeschäftigung erreichen. Dabei spielt die weitere Erhöhung der Frauenbeschäftigungsquote und der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer sowie die weitere Senkung der Jugendarbeitslosigkeit eine wichtige Rolle.

- ▶ Wir wollen den Standort Österreich durch die Senkung der Abgaben- und Steuerquote und eine zusätzliche Steigerung des Exports weiter stärken.
- ▶ Ein starker Standort braucht eine sichere Energieversorgung. Wir setzen dabei auch auf eine Energiewende zur besseren Nutzung heimischer Energieträger.
- ▶ Österreich muss zudem seine leistungsfähige Infrastruktur in Richtung seiner Nachbarn und Handelspartner weiter ausbauen, damit Wohlstand und Wachstum nicht an Österreich vorbeifließen.
- ▶ Ein wichtiges neues Anliegen in der Wirtschaftspolitik der ÖVP ist die Förderung der Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen. Dies hat sich bei den Privatisierungen der vergangenen Jahre sehr bewährt (z.B. VOEST, Post). Die Bedingungen für solche Mitarbeiterbeteiligungen sollen noch verbessert werden: Der einzelne Mitarbeiter und Aktionär muss voll über seine Mitarbeiterbeteiligung entscheiden können und alle Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können. Eine Abtretung solcher Rechte muss jederzeit und ohne Schaden rückgängig gemacht werden können.

Als österreichische Wirtschafts- und Arbeitspartei Nr. 1 wissen wir am Besten:

- ▶ Nur ein wettbewerbsfähiger Standort kann neue Unternehmen anziehen und die Abwanderung bestehender Unternehmen verhindern.
- ▶ Nur wettbewerbsfähige Unternehmen können nachhaltige Arbeitsplätze schaffen.
- ▶ Nur erfolgreiche Unternehmen und ihre Beschäftigten können durch ihre Steuern und Abgaben unser Sozialsystem absichern.

Deshalb ist die Arbeitsmarkt- und Standortpolitik eines der wichtigsten Themen für die Volkspartei.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

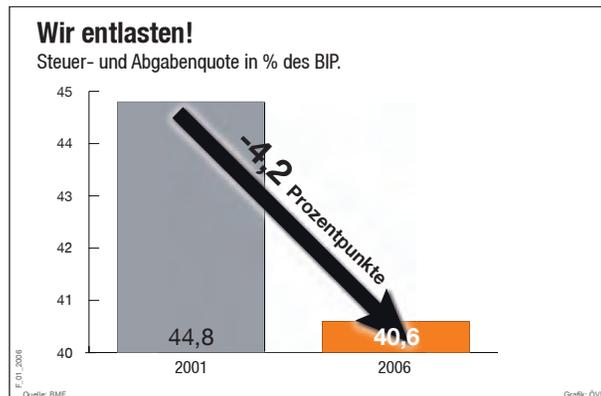
- ▶ Erhöhung der Frauenerwerbsquote und der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer.
- ▶ Jugendbeschäftigungsprogramme.
- ▶ Fortsetzung der Senkung der Steuer- und Abgabenquote.
- ▶ Sicherheit bei der Energieversorgung und Energiewende.
- ▶ Weiterer Ausbau der Infrastruktur.
- ▶ Aktive Arbeitsmarkt- und Standortpolitik.
- ▶ Balance von Markt und Kontrolle.
- ▶ Förderung der Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen.
- ▶ Fortsetzung der erfolgreichen Privatisierungspolitik.
- ▶ Weiterer Bürokratieabbau für Unternehmer (z.B. nach niederländischem Vorbild).

Steuer- und Abgabenquote weiter senken:

Den Bürgern mehr Freiheit geben. Der Wirtschaft mehr Wachstum ermöglichen.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Steuer- und Abgabenquote: seit 1999 um rund 4 Prozentpunkte auf 40% des BIP gesunken.
- ▶ Seit 30 Jahren erstmals sinkende Staatsschuldenquote – 20 Mrd. Euro weniger an Schulden seit 2000.
- ▶ Reduktion des jährlichen Zinsdienstes um 1 Mrd. Euro.
- ▶ Erfolgsgeschichte Privatisierung – ÖIAG ist schuldenfrei.
- ▶ Steuerreform 2004/2005 – Entlastung im Wert von 3,4 Mrd. Euro.
- ▶ Wachstums- und Beschäftigungspakete im Ausmaß von 5,5 Mrd. Euro.



Mit der größten Steuerreform der Zweiten Republik vor zwei Jahren haben wir den Weg zu weniger Steuern und mehr verfügbarem Geld für die Bürger eingeschlagen. Durch eine ausgewogene Entlastung wurden Haushalte und Unternehmen mit mehr als 3 Mrd. Euro entlastet. Diesen Weg wollen wir fortsetzen:

- ▶ Bis zum Jahr 2010 wird die ÖVP die Steuer- und Abgabenquote deutlich unter 40% senken.
- ▶ Im Rahmen eines umfassenden Entlastungskonzepts werden Erbschafts- und Schenkungssteuer ersatzlos gestrichen.
- ▶ Durch eine Senkung des Lohn- und Einkommensteuertarifs sollen kleine und mittlere Einkommen und Leistungsträger weiter nachhaltig entlastet werden. Alle Steuerpflichtigen werden somit entlastet – besonders Familien.

- ▶ Ein neues Unternehmenssteuerrecht soll die Besteuerung vereinfachen und vereinheitlichen. Vor allem soll eine rechtsformneutrale Besteuerung sichergestellt werden.
- ▶ Entlastungen müssen leistbar sein. Daher gilt es den Budgethaushalt weiter zu konsolidieren und einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, d.h. nicht mehr Geld ausgeben, als man einnimmt.

Durch diese Budgetpolitik wird die nächste ausgewogene Steuerentlastungsreform sichergestellt. Steuersenkung bedeutet mehr Geld für die Bürger, eine Stärkung der Kaufkraft und somit eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes. Über allen Reformschritten soll einerseits die Entlastung – andererseits die Vereinfachung stehen. Die nächste Steuerreform soll somit von folgenden Eckpfeilern getragen werden: Steuergerechtigkeit, Steuervereinfachung, Steuersenkung.

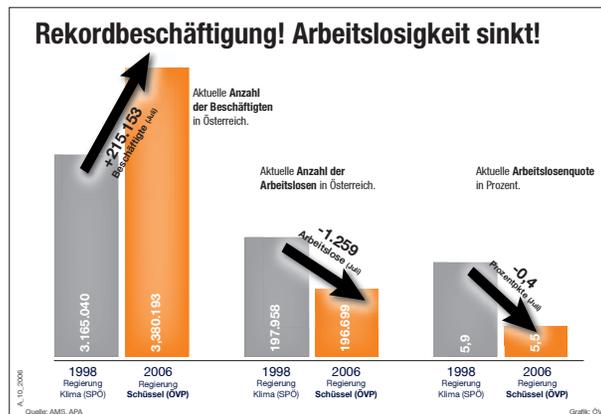
ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Senkung der Steuer- und Abgabenquote deutlich unter 40%, inkl. Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer.
- ▶ Weitere gleichmäßige Entlastungsschritte für kleinere und mittlere Einkommen, Leistungsträger sowie im Bereich Familie.
- ▶ Neues Unternehmenssteuerrecht – vereinfacht, vereinheitlicht und rechtsformneutral.
- ▶ Sicherung des Gleichgewichts und der Stabilität des Staatshaushalts.
- ▶ Steuergerechtigkeit, Steuervereinfachung, Steuersenkung.

Vollbeschäftigung erreichen. Sicherheit geben.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten in der EU – weniger Arbeitslose als 1998.
- ▶ Aktive Arbeitsmarktpolitik: Mit 1,8 Mrd. Euro Verdoppelung der Mittel seit 1999.
- ▶ Die Arbeitslosenzahl ist diesem Sommer bereits unter die 200.000 Marke gefallen und sinkt weiter: Im Juli minus 6,7%, das sind um 14.196 Arbeitslose weniger als im Juli 2005.
- ▶ Beschäftigungsrekord: 3.380.193 Beschäftigte im Juli 2006 – das ist mit 55.000 Personen der größte jährliche Beschäftigungszuwachs seit August 1992.



Unser großes Ziel ist es, bis 2010 in Österreich Vollbeschäftigung zu erreichen. Dabei steht außer Frage: Nur wettbewerbsfähige Betriebe können Arbeitsplätze schaffen. Die Politik muss dafür weiterhin die richtigen Rahmenbedingungen setzen.

Bei der Gestaltung der arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen bekennen wir uns besonders zur Förderung von Jugendlichen, Frauen und älteren Arbeitnehmern:

- ▶ Die duale Ausbildung von Jugendlichen im Betrieb und in der Schule hat sich bewährt. Dieses System muss gefördert und ausgebaut werden. Mit wirksamen Anreizen sollen die Unternehmen dazu motiviert werden, mehr Jugendliche auszu-

bilden und Lehrstellen anzubieten. Der erfolgreiche „Blum-Bonus“ wird daher verlängert. Darüber hinaus forcieren wir neue Wege der Ausbildung: So haben in den letzten Jahren 11.000 Jugendliche gleichzeitig mit dem Lehrabschluss auch die Matura gemacht. 9.000 Personen absolvieren aktuell dieses Programm.

- ▶ Die Förderung von Frauen am Arbeitsmarkt ist für uns nicht nur eine wirtschaftspolitische, sondern vor allem auch eine gesellschaftspolitische Herausforderung. Wir wollen, dass Frauen eine erfolgreiche Berufslaufbahn einschlagen können. Kinderwunsch und berufliche Entwicklung müssen vereinbart werden können. Deshalb sollen Mütter beim Wiedereinstieg ins Berufsleben durch mehr Kinderbetreuungsplätze und z.B. durch Schulungen gefördert werden, die es den Frauen ermöglichen, die neuesten Entwicklungen in ihrem Beruf zu erlernen.

- ▶ Ältere Arbeitnehmer verfügen über viel berufliche und persönliche Erfahrung, die sie zum Erfolg eines Unternehmens einbringen können. Die längere Lebenserwartung ermöglicht es uns heute, auch länger im Berufsleben zu stehen, sofern z.B. keine schweren körperlichen Arbeiten erledigt werden müssen. Deshalb wollen wir die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer weiter ermöglichen und ihr Wissen besser für die Unternehmen und die Gemeinschaft nutzen.

Das Arbeitsmarkt-Service (AMS) ist heute bereits eine moderne Arbeitsvermittlung. Arbeitslose werden aktuell (Juli 2006) im Schnitt nach 102 Tagen an einen neuen Arbeitsplatz vermittelt. Unser Ziel für 2010 ist, dass jeder Arbeitslose im Schnitt nach 90 Tagen einen neuen Arbeitsplatz vermittelt bekommen soll. Ein gesteigertes Schulungsniveau des AMS soll zu einem deutlich gesteigerten Vermittlungserfolg führen. Wir wollen unsere aktive und wirksame Arbeitsmarktpolitik auf hohem Niveau fortführen.

Die Kombilohn-Initiative soll evaluiert und ihre Ergebnisse rasch umgesetzt werden, um möglichst vielen Arbeitnehmern im unteren Lohnbereich eine faire Teilnahme am Arbeitsleben zu ermöglichen.

Wir werden auch weiterhin den Sonntag als grundsätzlich arbeitsfreien Tag sichern. Arbeitnehmer und Betriebe sollen sich in Zukunft besser auf die Erfordernisse einstellen können, die sich durch Schwankungen in der Auftragslage ergeben. Flexiblere Arbeitszeitmodelle ermöglichen eine bessere Bewältigung von Produktionsspitzen und sichern den Ausgleich von Zusatzleistungen. „Flexicurity“ steht für ein arbeitsmarktpolitisches Schlüsselkonzept: Die Bereitschaft zur Flexibilität bringt mehr Sicherheit für die Mitarbeiter.

Im Bereich der sogenannten neuen Arbeitsformen, die teilweise außerhalb der Kollektivverträge und der Sozialversicherungspflicht ausgeübt werden, sind die Sozialpartner – Wirtschaftskammer und ÖGB – aufgefordert, Vorschläge zur Lösung dieser Probleme zu erarbeiten und mehr Sicherheit für die Beschäftigten zu ermöglichen. Dazu soll auch ein neukodifiziertes, modernes Arbeitsrecht beitragen.

Die moderne Wirtschafts- und Arbeitswelt wird verstärkt vom Prinzip der Selbstständigkeit geprägt: Neue Selbstständige, Kleinst- und Kleinunternehmer (Stw. „Ein-Personen-Unternehmen“) nehmen an Bedeutung zu, wobei die Übergänge zwischen unselbstständiger Erwerbstätigkeit und Selbstständigkeit fließend sind. Den neuen Erfordernissen im Umgang mit den beruflichen Risiken der neuen Arbeitswelt muss insbesondere im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit, bei Geburt eines Kindes und bei der Kinderbetreuung verstärkt Rechnung getragen werden. Durch eine „Selbstständigenvorsorge“ soll das Erfolgsmodell der betrieblichen Mitarbeitervorsorge „Abfertigung neu“ als zusätzliche Säule der Alterssicherung neben der gesetzlichen Altersvorsorge auch auf Selbstständige ausgedehnt werden.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Bis 2010 in Österreich Vollbeschäftigung.
- ▶ Förderung von Jugendlichen, Frauen und älteren Arbeitnehmern.
- ▶ Ausbau und Förderung der dualen Ausbildung von Jugendlichen.
- ▶ Verlängerung des „Blum-Bonus“.
- ▶ Förderung von Frauen beim Wiedereinstieg ins Berufsleben.
- ▶ Verkürzung der Vermittlungsdauer bei Arbeitslosigkeit auf 90 Tage.
- ▶ Evaluierung des Kombi-Lohns.
- ▶ „Flexicurity“: flexiblere Arbeitszeitmodelle und gleichzeitig mehr Sicherheit für Mitarbeiter.
- ▶ Aufforderung an die Sozialpartner für Vorschläge zur Lösung von Problemen im Bereich neuer Arbeitsformen im Rahmen eines modernen Arbeitsrechts.
- ▶ Ermöglichung flexiblerer Arbeitszeitmodelle („Flexicurity“) unter Wahrung des Sonntags als grundsätzlich arbeitsfreien Tag.
- ▶ „Abfertigung Neu“ als Selbstständigenvorsorge auch für Unternehmer.

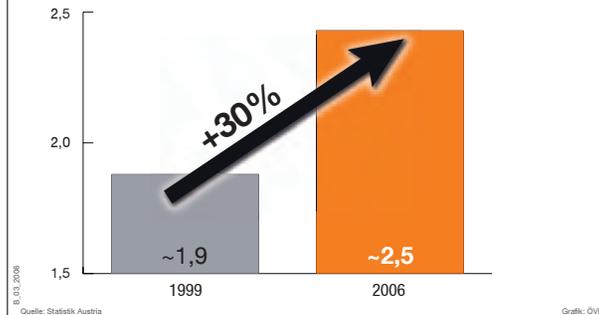
Erfolgreich investieren. Zukunft gewinnen.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ F&E-Quote: 2006 auf fast 2,5% gestiegen.
- ▶ Technologieoffensive: Fast 2,5 Mrd. Euro mehr für Forschung und Entwicklung.
- ▶ Gründung der Forschungsförderungsgesellschaft.
- ▶ Etablierung der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung.
- ▶ Verbesserungen bei der indirekten Forschungsförderung.
- ▶ Österreich ist unter den fünf Top-Forschungsländern in der EU.

Wir investieren in Forschung und Entwicklung!

Entwicklung der F&E-Quote in %.



Innovationskraft ist die Grundlage für unseren Wohlstand von morgen. Deshalb machen wir Österreich zu einem erfolgreichen Forschungs- und Wissensstandort: Durch die deutliche Steigerung der Investitionen in Forschung und Entwicklung und durch moderne, konzentrierte Forschungsstrukturen ist es uns gelungen, unserem Ziel, bis 2010 einen Forschungsanteil von 3% am Bruttoinlandsprodukt zu erreichen, einen gewaltigen Schritt näher zu kommen. Wir wollen die hohen Investitionen in Forschung und Technologie auch in Zukunft beibehalten und erfolgreiche Forschung besonders fördern.

Um auch die privaten Forschungsausgaben deutlich zu steigern, haben wir steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten und Forschungsförderungen für Unternehmen erhöht. Dies soll auch in Zukunft beibehalten werden, um breitenwirksam Forschung zu fördern und den Unternehmen die notwendige Planungssicherheit zu geben. Wir wollen auch in den kommen-

den Jahren den Zugang zu Forschungsförderung und Forschungsprojekten für Klein- und Mittelbetriebe weiter verbessern. Sie sind der entscheidende Job-Motor in Österreich, die mehr denn je Teil des Forschungsstandortes Österreich werden sollen.

Im Bereich der Spitzenforschung muss Österreich global vernetzt sein. Deshalb unterstützen wir mit großem Nachdruck die Errichtung der österreichischen Spitzenforschungseinrichtung „Institute for Science and Technology – Austria“ in Klosterneuburg.

Erfolgreiche Forschung und Entwicklung schafft nicht nur indirekt, sondern auch direkt Arbeitsplätze: Durch unsere Forschungspolitik sollen bis 2010 auch 15.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Anhebung der Forschungsquote auf 3% am BIP bis 2010.
- ▶ Stärkere Berücksichtigung von Erfolgskriterien für die Inanspruchnahme von Fördergeldern.
- ▶ Beibehaltung der steuerlichen Anreize für Unternehmen.
- ▶ Spezielle Forschungsförderung für KMUs.
- ▶ Schaffung 15.000 neuer Arbeitsplätze im Bereich Forschung und Entwicklung.
- ▶ Aufbau der Spitzenforschungseinrichtung „Institute of Science and Technology – Austria“ in Klosterneuburg.

Energiesicherheit und Energiewende:

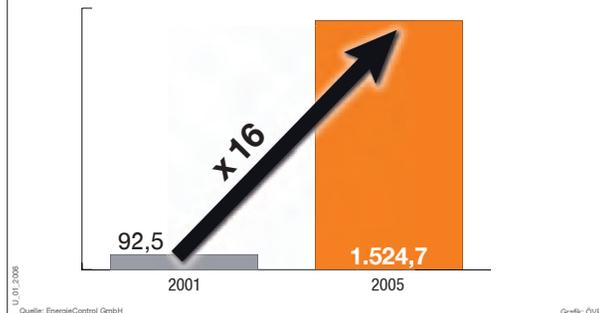
Abhängigkeit reduzieren. Eigene Produktion stärken.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Österreichische EU-Ratspräsidentschaft: Erfolgreiche Lösung der „Gaskrise“ zu Beginn 2006.
- ▶ Energiesicherheit wird zu einem gemeinsamen europäischen Thema.
- ▶ Effiziente Nutzung erneuerbarer Energien durch die Novellierung des Ökostromgesetzes.
- ▶ Über 500 installierte Biomasse/gas Anlagen.

Mehr Ökostrom!

Entwicklung der Ökostromanlagen, Leistung in Megawatt (MW).



Vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen (z.B. wirtschaftliche Dynamik in China und Indien, politisch instabile Förderregionen) gewinnt die Energiepolitik weiter an Bedeutung. Um Österreich, seinen Unternehmen und Konsumenten, nachhaltige Versorgungssicherheit garantieren zu können, hat die Volkspartei eine umfassende Energiestrategie erarbeitet.

Unser Ziel ist eine sichere, umweltschonende und wettbewerbsfähige Energieversorgung Österreichs im 21. Jahrhundert durch

- ▶ weniger Abhängigkeit von Energieimporten,
- ▶ weiteren Ausbau der heimischen Energieinfrastruktur,
- ▶ Steigerung des Einsatzes erneuerbarer Energieträger,
- ▶ mehr Energieeffizienz,
- ▶ stärkere Diversifizierung der Energieeinfuhrquellen und -wege,
- ▶ intensive Energieforschung und
- ▶ gemeinsame europäische Energieaußen- und Sicherheitspolitik.

Im Bereich der Energieeffizienz wollen wir durch ein nationales Energie-Effizienz-Programm eine jährliche Erhöhung der Energieeffizienz um 1,6% sicherstellen. Weiters sollen thermische Gebäudesanierungen z.B. durch steuerliche Anreize forciert werden. Ab 2010 soll jedes neu errichtete Haus nur noch aus erneuerbaren Energieträgern versorgt werden. Auch die bessere Information der Kunden und die Kennzeichnung von energieeffizienten Geräten können wichtige Effekte bringen.

Die Kapazitäten heimischer Energieproduktion sollen vor allem durch den Ausbau der Wasserkraft verbessert werden. Mit einem „Masterplan Wasserkraft“ wollen wir ein Gesamtkonzept zur optimalen Nutzung der Wasserkraft in Österreich schaffen. Auch die Errichtung von Eigenanlagen der Industrie und der Ausbau emissionsarmer und energieeffizienter Kraftwerke reduzieren unsere Abhängigkeit von Energieimporten.

Der zunehmende Wettbewerb um Erdöl- und Erdgaslieferungen und die teilweise politische Instabilität in den Förderregionen machen es zudem erforderlich, auf unterschiedliche Importquellen zu setzen. Neue Transportwege, etwa neue transeuropäische Netze oder die Nabucco-Gaspipeline, ermöglichen diese Diversifizierung.

Die ÖVP steht als Partei der ökosozialen Marktwirtschaft traditionell für den massiven Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien. Dazu zählen Wind- und Sonnenenergie, aber auch Biomasse. Vor allem wollen wir die Verwendung biogener Treibstoffe steigern: Sie können in Österreich angebaut, produziert, vertrieben und verbraucht werden. Bis zum Jahr 2020 sollen in Österreich 20% des gesamten Treibstoffverbrauchs auf Biotreibstoffe entfallen. In Österreich gibt es über 900.000 Haushalte mit Ölheizungen. Unser Ziel bis 2020 ist, dass 50% dieser Haushalte eine Heizung mit erneuerbaren Energieträgern installieren.

Gerade im Energiebereich sind Innovationen dringend notwendig, um neue, umweltfreundliche Energieträger zu entwickeln und deren breite Anwendung ermöglichen zu können. Deshalb wollen wir die Energie-Forschung massiv stärken und konkret die Anwendung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie forcieren. Unser Ziel ist, dass bis zu 5% der neuzugelassenen PKW bis 2010 mit alternativen Antrieben ausgerüstet sind. Bis 2020 soll der Anteil alternativer Antriebe in Österreich 25% der Neuzulassungen betragen.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Energiestrategie für eine sichere, umweltschonende und wettbewerbsfähige Energieversorgung mit weniger Abhängigkeit von Energieimporten.
- ▶ Ausbau der heimischen Energieinfrastruktur.
- ▶ Steigerung des Einsatzes erneuerbarer Energieträger.
- ▶ Jährliche Erhöhung der Energieeffizienz um 1,6%.
- ▶ Forcierung der thermischen Gebäudesanierungen z.B. durch steuerliche Anreize.
- ▶ Erarbeitung eines „Masterplan Wasserkraft“ für ein Gesamtkonzept zur optimalen Nutzung der Wasserkraft in Österreich.
- ▶ Steigerung der Verwendung biogener Treibstoffe und Entwicklung neuer Energieträger.
- ▶ Stärkung der Energieforschung.

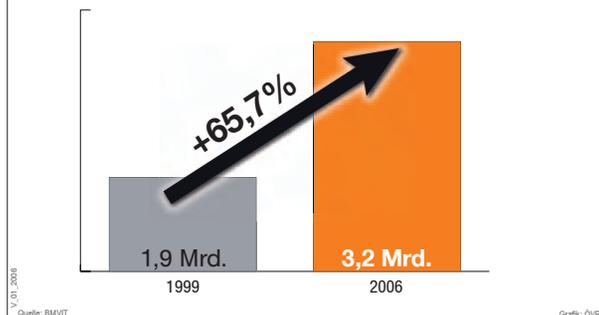
Netze ausbauen. Der Zukunft freie Bahn geben.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Rekordinvestitionen in Infrastruktur: 2000 bis 2006 18,2 Mrd. Euro.
- ▶ Investitionen Autobahn- und Schnellstraßennetz: Mit 5,7 Mrd. Euro im Vergleich zu 1999 vervierfacht.
- ▶ Investitionen in den Bahn-Infrastrukturausbau: Mit 8,1 Mrd. Euro im Vergleich zu 1995 mehr als verdoppelt.
- ▶ Bahnhofsoffensive und Neubauten (Feldkirch, Linz, Innsbruck, Klagenfurt und Salzburg), Anstich des Brenner-Basistunnels.
- ▶ ÖBB-Reform – die Bahn ist fit für das neue Jahrtausend.
- ▶ Führerschein NEU – für mehr Sicherheit im Straßenverkehr: Unfälle mit Personenschäden halbiert, Rückgang der Verkehrstoten von 1079 (1999) auf 768 (2005).

Wir investieren in Infrastruktur!

Infrastrukturausgaben 1999-2006 in Mrd. Euro.



Eine moderne Infrastruktur ist unverzichtbare Voraussetzung für den Erfolg des Wirtschaftsstandortes Österreich. Verkehrswege – Schiene, Straße und Donau –, Luftfahrt und Telekommunikation sind die Lebensadern unserer modernen Gesellschaft. Sie verbinden uns mit den entscheidenden Zukunftsmärkten.

Das hochrangige Straßennetz ist in den letzten vier Jahren saniert und ausgebaut worden. Vor allem die Autobahnverbindungen zu den neuen EU-Mitgliedsländern müssen weiter ausgebaut werden. Die derzeit drei Autobahnverbindungen (A9 und A11 nach Slowenien und A4 nach Ungarn)

sollen bis 2010 auf sechs (zusätzlich die A3 nach Ungarn, A5 nach Tschechien und A6 in die Slowakei) ausgeweitet werden. Bis zum Jahr 2015 sollen es zehn sein (zusätzlich die S7 und S31 nach Ungarn, S8 in die Slowakei und S10 nach Tschechien).

Parallel dazu wollen wir die Erhöhung der Verkehrssicherheit im gesamten österreichischen Straßennetz vorantreiben. Die Entschärfung von Unfallhäufungsstellen, der weitere zweiröhri-ge Ausbau von Tunneln und der Einsatz moderner Verkehrsleitsysteme werden die Verkehrssicherheit und den Verkehrsfluss entscheidend verbessern.

Wir treten dafür ein, dass das bestehende Finanzierungssystem im hochrangigen Straßennetz erhalten bleibt. Für PKW soll auch in Zukunft die Vignette die Benützung dieser Straßen ermöglichen. LKW sollen eine kilometerabhängige Abgabe bezahlen.

Bei der Schieneninfrastruktur sollen in ganz Österreich die Großprojekte zügig in Angriff genommen werden. Eine Fahrzeit Wien-Salzburg von rund 2 Stunden im Jahr 2010 ist das Ziel beim Ausbau der Schieneninfrastruktur entlang der Donau-Achse. Der Ausbau der Nord-Süd-Strecken Summerau-Linz-Gratz sowie der Tauernbahn, der neue Semmeringbasistunnel und die Koralmbahn sowie der Bau des Brenner-Basistunnels sollen der Bahn die Chance geben, Zuwächse im Personenfernverkehr zu erzielen und eine attraktive Alternative für den Gütertransport zu werden.

In den kommenden Jahren sollen auch die Reformen im Nahverkehr weitergeführt werden. Neben dem Einsatz neuer Nahverkehrszüge, dem Ausbau des Taktverkehrs und der Einführung eines für alle öffentlichen Verkehrsmittel in Österreich gültigen Fahrausweises („Österreich-Ticket“) soll gemeinsam mit den Gebietskörperschaften ein effizientes und leistbares Nahverkehrsangebot umgesetzt werden.

Die begonnene Reform der ÖBB zu einem marktwirtschaftlich agierenden Dienstleistungsunternehmen muss fortgesetzt werden. Ziel ist die eigenständige Finanzierung der operativen Bereiche. Für die Investitionen in den Schienenausbau soll weiterhin der Bund zuständig sein.

Eine leistungsstarke Luftfahrt ist unverzichtbar für den Wirtschaftsstandort und das Tourismusland Österreich. Daher setzt sich die ÖVP für eine Stärkung der heimischen Fluggesellschaften, für internationale Anbindungen und leistungsfähige Flughäfen ein. Die Binnenschifffahrt auf der Donau als umweltfreundlicher Verkehrsträger muss an Bedeutung gewinnen. Dies soll durch

den Ausbau der Häfen, die Modernisierung der Flotte und die Sicherstellung einer ganzjährigen Schiffbarkeit gelingen.

Aber nicht nur die Verkehrsinfrastruktur, auch die Kommunikationsinfrastruktur soll weiter ausgebaut werden. Gerade für ein Land wie Österreich, das schon mehr als die Hälfte seiner Wirtschaftsleistung im Export verdient, ist eine sehr gut ausgebaute Telekommunikations- und Internet-Infrastruktur ein Trumpf im globalen Wettbewerb.

Den Wettbewerb moderner Informations- und Kommunikationstechnologien sehen wir zudem als wichtigen Beitrag zur Herstellung gleicher Chancen zwischen Stadt und Land sowie einer umfassenden Versorgung.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Ausbau der Autobahnverbindungen zu den neuen EU-Mitgliedsländern.
- ▶ Erhöhung der Verkehrssicherheit im gesamten österreichischen Straßennetz, z.B. durch Verkehrsleitsysteme.
- ▶ Erhalt des bisherigen Finanzierungssystems im hochrangigen Straßennetz.
- ▶ Ausbau der Schieneninfrastruktur und Fertigstellung der Donau-Achse Wien-Salzburg.
- ▶ Offensive im Nahverkehr gemeinsam mit den Gebietskörperschaften.
- ▶ Fortsetzung der begonnenen Reform der ÖBB zu einem marktwirtschaftlich agierenden Dienstleistungsunternehmen.
- ▶ Stärkung der heimischen Fluggesellschaften, leistungsfähiger Flughäfen und internationaler Anbindungen.
- ▶ Ausbau der Binnenschifffahrt auf der Donau als umweltfreundlicher Verkehrsträger.

Medien und Informationsgesellschaft:

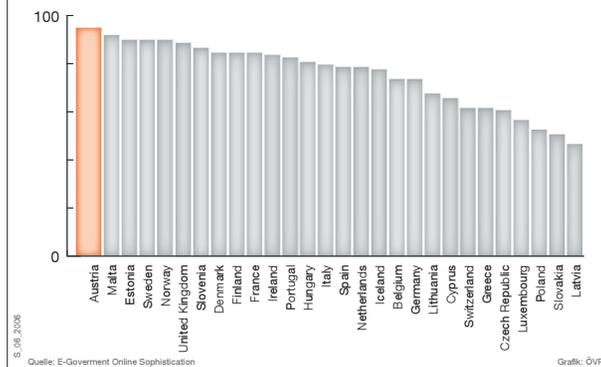
Technologien forcieren. Von österreichischen Ideen profitieren.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Investitionen für die Internet- und Breitbandinitiative: Bundesförderung von 20 Mio. Euro, insgesamt 60 Mio. Euro gemeinsam mit den Ländern.
- ▶ Moderner Staat, weniger Bürokratie: Österreich ist europäische Nr. 1 im Bereich e-Government (help.gv.at, Amtswege online etc.).
- ▶ Internet an allen österreichischen Schulen.

Österreich bei E-Government auf Platz 1!

Umsetzungsgrad elektronischer Basisservices der öffentlichen Verwaltung, in Prozent.



Die Digitalisierung der Medienwelt schreitet voran. Sie stellt die zentrale Herausforderung für die heimische Medienwirtschaft im globalen Wettbewerb dar. Mit den richtigen Impulsen wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Medienunternehmen gezielt fördern. So können Arbeitsplätze geschaffen, neue Berufsbilder gefördert und das kreative Potential unseres Landes optimal unterstützt werden.

Radio, Fernsehen und eine Vielzahl von interaktiven Medienservices werden in Zukunft digital und individuell verfügbar sein. Die Sicherstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie möglicher Fördermaßnahmen – wie der plattformneutralen Digitalisierungsfonds – soll den betroffenen Branchen und Konsumenten den Technologiewechsel erleichtern und „Medienbrüche“ verhindern. Der Ausbau der Verbreitungswege (Breitband) wird im Rahmen einer eigenen IKT-Task Force koordiniert. Mit ihr wurde die Grundlage zukünftiger Kooperationen mit allen Partnern für bestmögliche Bedingungen im gesamten IKT-Bereich in Österreich geschaffen.

Eine Vielzahl von Medienkanälen erfordert entsprechende qualitative und innovative Inhalte, insbesondere aus österreichischer Entwicklung und Produktion. Daher wollen wir zur Entwicklung österreichischer Inhalte Anreizmodelle und Fördermaßnahmen ausbauen und vor allem die Mittel für den audiovisuellen Sektor in den Bereichen Kino und Fernsehen erhöhen.

Die Volkspartei steht für ein plurales Mediensystem. Öffentlich-rechtliche und private Medien sind elementare Bestandteile einer entwickelten demokratischen Gesellschaft. Der ORF, als Stiftung mit einem öffentlich-rechtlichen Profil, nimmt eine zentrale Rolle für die kulturelle Identität und gesellschaftspolitische Integration Österreichs ein. Als Partner der österreichischen Wirtschaft, insbesondere als Auftraggeber der Produktions- und Filmwirtschaft, stellt die Entwicklung österreichischer Qualitätsinhalte für Hörfunk, Fernsehen und Internet seine wichtigste Aufgabe dar. Die Rahmenbedingungen für lokale und bundesweite private Medien – Fernsehen, Radio und Online – sind im Gleichklang mit dem europäischen Rechtsrahmen anzupassen und zu verbessern. Im Bereich der Printmedienförderung sind die Ergebnisse der Evaluierung der Presseförderung unter regionalen und qualitativen Gesichtspunkten im Sinne der Meinungs- und Titelvielfalt zu berücksichtigen. Die Förderung der Journalistenausbildung soll weiter unterstützt werden. Zur weiteren Stimulierung des Werbemarkts und aller Medien wollen wir die Werbeabgabe umgehend abschaffen.

Eine unabhängige und weisungsfrei gestellte Regulierungsbehörde ist aufgrund ihrer demokratiepolitischen Bedeutung europäischer Standard. Die KommAustria soll daher als unabhängiger und weisungsfreier Regulator, der die Konvergenz zwischen Medien, Telekommunikation und Informationsdiensten berücksichtigt, organisiert werden.

Die neuen Informationstechnologien haben auch in Bezug auf das Verhältnis zwischen Staat und Bürger neue Chancen eröffnet, die wir aktiv unterstützen. Im Rahmen von e-Government können alle Bürgerinnen und Bürger Dienstleistungen des Staates rund um die Uhr nutzen. Dies bringt mehr Bürgernähe und mehr Effizienz für Bürger und Verwaltung. Österreich ist im Bereich e-Government in Europa führend. Wir setzen daher den erfolgreichen Weg der Kooperation zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Wirtschaft insbesondere in der Plattform Digitales Österreich fort.

Als Schwerpunkte im Bereich e-Government wollen wir die all-in-one Bürgerkarte mit sicherer digitaler Signatur forcieren (Einsparungseffekte in der Verwaltung werden an den Bürger weitergeben), und den Aufbau eines gemeinsamen europäischen Identity Managements unterstützen.

Um Sicherheit und Transparenz im Mobilfunkbereich zu erhöhen, soll die Verbindlichkeit der von WHO (Weltgesundheitsorganisation) und ICNIRP (International Commission on Non-Ionizing Radiation Protection) empfohlenen Grenzwerte betreffend Mobilfunkemissionen festgeschrieben werden.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Sicherstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie möglicher Fördermaßnahmen für die stattfindende Digitalisierung der Medien.
- ▶ Ausbau der Verbreitungswege (Breitband), koordiniert durch eine eigene IKT-Task Force.
- ▶ Unterstützung der Entwicklung österreichischer Inhalte („Content“) durch Anreizmodelle und Fördermaßnahmen.
- ▶ Forcierung eines pluralen Mediensystems.
- ▶ Abschaffung der Werbeabgabe.
- ▶ Etablierung der KommAustria als unabhängiger und weisungsfreier Regulator.
- ▶ Forcierung der all-in-one Bürgerkarte mit sicherer digitaler Signatur und Unterstützung des Aufbaus eines gemeinsamen europäischen Identity Managements.

Zukunft geben. Heimat sichern.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Regionale Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive.
- ▶ Zusätzliche 80 Mio. Euro für die 2.200 kleinen Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern und optimale Nutzung der EU-Fördergelder aus Brüssel.
- ▶ Insgesamt 10 Mrd. Euro für den ländlichen Raum seit 2000.



Weit über die Hälfte der Österreicherinnen und Österreicher hat ihre Heimat in ländlichen Regionen und Gemeinden. Es sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenso wie bäuerliche Familien und Klein- und Mittelunternehmer, welche die Vielfalt des ländlichen Raums und seiner Gemeinden prägen. Weil ein lebendiger und attraktiver ländlicher Raum Basis für höchste Lebensqualität ist, ist es für die Zukunft Österreichs von entscheidender Bedeutung, die ländlichen Erholungs-, Lebens- und Wirtschaftsräume attraktiv und wettbewerbsfähig zu halten.

Die Volkspartei bekennt sich dazu, eine leistungsfähige Infrastruktur im ländlichen Raum zu sichern und zu schaffen. Sie ist die Grundvoraussetzung für einen ökonomisch attraktiven Wirtschaftsraum. Die Infrastruktur für den ländlichen Raum umfasst neben einem funktionierenden Straßenverkehrsnetz und der technischen und sozialen Infrastruktur natürlich auch die Informationstechnologien, denen eine immer größere Bedeutung zukommt.

Unser Ziel ist es, die Gemeinden im ländlichen Raum weiter zu stärken. Starke und funktionierende Gemeindestrukturen im ländlichen Raum sind notwendig, damit die Lebensumgebung der ländlichen Bevölkerung gut organisiert und eine entsprechende Lebensqualität gewährleistet werden kann. Die finanzielle Ausstattung der Gemeinden entscheidet letztlich über die Versorgungsmöglichkeiten, die Daseinsvorsorge und damit die Lebensqualität der Gemeindebevölkerung.

Für unsere Bäuerinnen und Bauern ist das Eigentum an Grund und Boden die entscheidende und unverzichtbare Produktionsgrundlage. Als politische Kraft, die sich zum Wert des Eigentums bekennt, ist es für uns klar, dass es für Eingriffe ins Eigentum von Grundbesitzern im öffentlichen Interesse eine Entschädigung geben muss.

Um die Eigeninitiative der Bewohner des ländlichen Raums zu unterstützen und zu stärken, und andererseits die notwendigen politischen Maßnahmen für eine kontinuierliche Weiterentwicklung im ländlichen Raum abzusichern, sind dreierlei Vorhaben von besonderer Bedeutung:

- ▶ die Umsetzung der Regionaloffensive (inklusive LEADER) für den ländlichen Raum,
- ▶ eine Bündelung der finanziellen Mittel für die Regionalentwicklung zur Unterstützung von besonders abwanderungsgefährdeten Regionen und
- ▶ die Unterstützung von Forschungsinitiativen, die sich mit neuen Lösungsansätzen für abwanderungsgefährdete Regionen beschäftigen.

Die Antworten des ländlichen Raums und der darin lebenden Menschen auf die Herausforderungen der globalen Welt sind

- ▶ der Auf- und Ausbau von regionalen Wertschöpfungsketten im Bereich der Produktion von Lebensmitteln,
- ▶ die Produktion von örtlich bereitgestellten, erneuerbaren Energierohstoffen und
- ▶ die Stärkung des regionalen Dienstleistungsangebots sowohl für die örtliche Bevölkerung als auch für die Bevölkerung aus den urbanen Gebieten.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum.
- ▶ Stärkung der Gemeinden im ländlichen Raum als Servicestelle für den Bürger.
- ▶ Sicherung des bäuerlichen Eigentums an Grund und Boden als entscheidende Produktionsgrundlage.
- ▶ Umsetzung der Regionaloffensive für den ländlichen Raum.
- ▶ Bündelung der finanziellen Mittel zur Unterstützung von besonders abwanderungsgefährdeten Regionen.
- ▶ Unterstützung von Forschungsinitiativen für neue Lösungsansätze für abwanderungsgefährdete Regionen.
- ▶ Unterstützung des Auf- und Ausbaus von regionalen Wertschöpfungsketten.

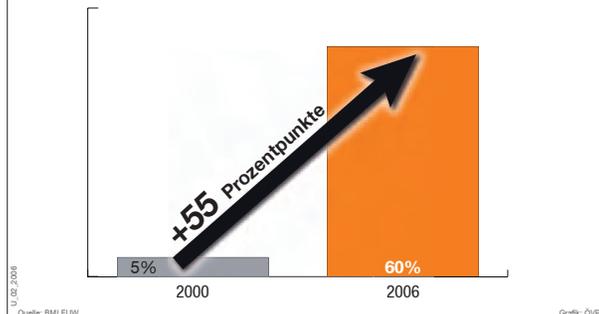
Natur schützen. Lebensqualität bewahren.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Österreich bei Umwelt und Lebensqualität Nr. 1 in Europa.
- ▶ Forcierung des Biodiesels – wichtiger Impuls für den ländlichen Raum und ein richtiger Beitrag für den Klimaschutz: 5% Biospritbeimischung bei Diesel.
- ▶ Dieselfahrzeuge mit Partikelfilter: Steigerung von 6% auf 50% bei Neuzulassungen.
- ▶ 1,4 Mrd. Euro umweltrelevante Investitionen, 13.000 neue Arbeitsplätze.
- ▶ „Österreich isst gentechnikfrei“.
- ▶ 720 Mio. Euro zusätzliche Investitionen für den Hochwasserschutz sichergestellt (2007 – 2016).
- ▶ 5.400 klimaschutzrelevante Projekte mit 271 Mio. Euro gefördert.

Weniger Feinstaub!

Dieselfahrzeuge mit Partikelfilter (Neuzulassungen).



Österreich zählt heute weltweit zu den Ländern mit der besten Lebensqualität und einer intakten Umwelt.

Unsere Umweltpolitik hat dazu einen wichtigen Beitrag geleistet:

- ▶ Allein seit 2000 haben wir in der Umweltförderung 5.400 klimaschutzrelevante Projekte mit 271 Mio. Euro gefördert. Damit konnten umweltrelevante Investitionen von 1,4 Mrd. Euro ausgelöst und über 13.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.
- ▶ Mit der Forcierung von Biokraftstoffen leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Treibstoffen, für mehr Klimaschutz und setzen zudem einen

wichtigen wirtschaftlichen Impuls im ländlichen Raum. Mit derzeit über 3% Biokraftstoffe im Verkehrssektor sind wir führend in Europa.

- ▶ Wir fördern Partikelfilter für neue Diesel-Pkw und leisten mit der Einführung von schwefelfreiem Kraftstoff einen wichtigen Betrag für eine bessere Luftqualität. Damit geben wir konkrete Antworten auf die Herausforderung der Feinstaubbekämpfung.
- ▶ Mit der erfolgreichen Einführung des Emissionshandels sowie der Mitfinanzierung von Klimaschutzprojekten im Ausland nützen wir moderne marktwirtschaftliche Instrumente zur Erreichung unseres Klimaschutzzieles.
- ▶ Konsumenten können heute ihre Elektroaltgeräte kostenlos und unkompliziert zurückgeben.
- ▶ Mit dem Lärmschutzgesetz haben wir eine bundesweite Regelung für flächendeckende Lärmerfassung, Bürgerinformation und Aktionspläne mit Lärmschutzmaßnahmen geschaffen.
- ▶ Seit 2002 verzeichnet die Ökostrombranche in Österreich einen starken Zuwachs. Allein im Bereich Biomasse und Biogas wurden seither rund 550 weitere Anlagen genehmigt und das Mindestziel von 4% sogar noch übertroffen. Mit der Novelle des Ökostromgesetzes wurde der Zielwert für den Anteil von Strom aus Biomasse, Biogas, Wind und Photovoltaik auf 10% bis 2010 angehoben.
- ▶ In der gesamten österreichischen Umwelttechnikindustrie erwirtschaften rund 20.000 Beschäftigte einen Umsatz von rund 4 Mrd. Euro. Ihr Beitrag zum nominellen BIP konnte seit 1993 verdoppelt werden auf derzeit knapp 2%.

Wir wollen unsere Anstrengungen zum nationalen und globalen Klimaschutz weiter erhöhen. Unser Ziel ist die Reduktion der fossilen Energieträger am Energieverbrauch um 30% und damit eine Reduktion von 20 Mio. Tonnen CO₂ bis 2020. Das erfordert die Umstellung von mindestens 400.000 Haushalten von fossilen auf erneuerbare Energieträger bis 2020. Einen wichtigen Beitrag dazu liefert auch die Steigerung der Sanierungsrate im Wohnbau. Sämtliche Nachkriegsbauten von 1950 bis 1980 sollen bis zum Jahr 2020 thermisch saniert werden. Von diesen Maßnahmen werden wesentliche Impulse für mehr Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze ausgehen.

Im Sinne einer nachhaltigen Energiepolitik für Europa hält die ÖVP am langfristigen Ziel eines Ausstiegs aus der Nutzung der Kernenergie fest. Die Schließung von nicht nachrüstbaren Kernkraftwerken der ersten Generation sowjetischer Bauart sowie die Schaffung einheitlicher Sicherheitsstandards für noch in Betrieb befindliche Kraftwerke sind essentiell. Darüber hinaus streben wir weiterhin eine Reform des EURATOM-Vertrages im Sinne der Streichung wettbewerbswidriger Förderziele und einer Neudefinition der Inhalte mit klarem Fokus auf Sicherheit und Gesundheitsschutz an. Insbesondere

in der Frage grenznaher Nuklearanlagen treten wir für die Sicherheitsinteressen der österreichischen Bevölkerung im Rahmen von grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren ein und forcieren die Energiepartnerschaften mit Beitrittskandidaten und mit Reformstaaten Zentral- und Osteuropas.

Die ÖVP wird auch weiterhin bei der Forschungsförderung die ausschließliche Förderung von Sicherheitsforschung unterstützen. So wie beim 7. Rahmenprogramm auf österreichische Initiative beschlossen, sollen auch in Zukunft keine EU-Mittel in die Förderung neuer konventioneller Atomkraftwerke investiert werden. Vielmehr soll es um eine Förderung von mehr Sicherheit, Endlagerung und Abwrackung von Altanlagen durch solche Mittel gehen.

In Österreich werden keine gentechnisch veränderten Produkte angebaut. Durch klare Kennzeichnungs- und Toleranzregeln ist sichergestellt, dass der Konsument gentechnisch veränderten Produkten eine Absage erteilen kann. Auch für unsere Bauern und Bäuerinnen muss es möglich sein, so wie bisher auf den Anbau von GVO-Pflanzen zu verzichten. Wir wollen diese Wahlfreiheit für Konsumenten und landwirtschaftliche Betriebe auch für die Zukunft absichern. Damit landwirtschaftliche Betriebe weiterhin ohne den Einsatz von Gentechnik arbeiten können und weil gentechnische Verunreinigungen auch an Grenzen nicht Halt machen, brauchen wir klare europäische Koexistenzregelungen und ein strenges Reinheitsgebot für Saatgut. Wir wollen die österreichische Umwelttechnologie als Wachstumsbranche und Arbeitgeber ausbauen. Wir streben die Verdoppelung des Anteils der Umwelttechnologie am BIP sowie der Arbeitsplätze im Bereich der Umwelttechnologie an. Dies soll mit einem Ausbau der Exportinitiative zur Umwelttechnologie sowie mit einer institutionellen Verankerung der Initiative erreicht werden. Gleichzeitig wollen wir Österreichs internationalen Marktanteil im Umwelttechnologiebereich von derzeit 1,6% auf 2% bis 2010 und auf 3% bis 2015 ausweiten. Zur Fortsetzung der österreichweiten Feinstaubbekämpfung wollen wir eine Forschungsplattform auf Bundesebene einrichten, um auch die Maßnahmen der Bundesländer verstärkt koordinieren zu können, und den Förderungsschwerpunkt zur Reduktion von Feinstaub fortführen. Die Förderung von Partikelfiltern für neue Diesel-Pkw bewirkte einen Anstieg von neu zugelassenen Pkw mit Partikelfilter von 4,1% im Jänner 2005 auf 47,1% im Mai 2006. Eine flächendeckende Ausrüstung von neu zugelassenen Diesel-Pkw mit Partikelfilter wird bis spätestens Anfang 2010 angestrebt.

Wir streben einen geringeren Ressourcenverbrauch bei unserem zukünftigen wirtschaftlichen Wachstum an. Dies wollen wir durch die Schaffung eines nationalen Aktionsprogramms zur Ressourceneffizienz sowie zur Abfallvermeidung erreichen.

Unser Ziel dabei ist die Verwirklichung einer Recycling-Gesellschaft, die Abfall als wichtigen Rohstoff und Energieträger definiert. Zur Verwaltungsvereinfachung und -beschleunigung in diesem Bereich wollen wir bis 2010 ein elektronisches Datenmanagement in der Abfall- und Ressourcenwirtschaft implementieren.

Unser Wasser bleibt rot-weiß-rot. Österreich nutzt derzeit nur 3% seines Wassers. Die ÖVP garantiert, dass auch in Zukunft die Entscheidungen über die Nutzung des Wassers in österreichischer Hand bleiben. Ziel unserer Politik ist es, dass es auch in Zukunft überall frisches, reines Wasser in ausreichender Menge gibt.

Beim Hochwasserschutz stockt der Bund die bisher jährlich in Schutzwasserbau, Wildbach- und Lawinerverbauung investierten 116 Mio. Euro um 37 Mio. Euro auf. Mit der Donau werden damit in den nächsten 10 Jahren 3,5 Mrd. Euro in den Schutz unserer Lebensräume investiert. Damit sollen in den kommenden zehn Jahren 640 zusätzliche Projekte – also um ein Drittel mehr – zum Schutz der Menschen vor Naturgefahren genehmigt und in Angriff genommen werden. Die österreichischen Nationalparks sind wichtige Leitprojekte für den Umwelt- und Naturschutz, dienen neben dem Natur- und Artenschutz auch der Bildung und Erholung und sind von großer Attraktivität für den Tourismus. Österreich hat die Chance, weltweit das erste und einzige Land zu sein, das für all seine Nationalparks die internationale Anerkennung der Weltnaturschutzunion (IUCN) erreichen kann. Diesen „Weltmeistertitel“ wollen wir gewinnen und halten.

Österreich ist mit seinem bundeseinheitlichen Tierschutzgesetz in Europa zum Vorbild geworden. Deshalb treten wir für die Verankerung derartiger Standards auf europäischer Ebene ein.

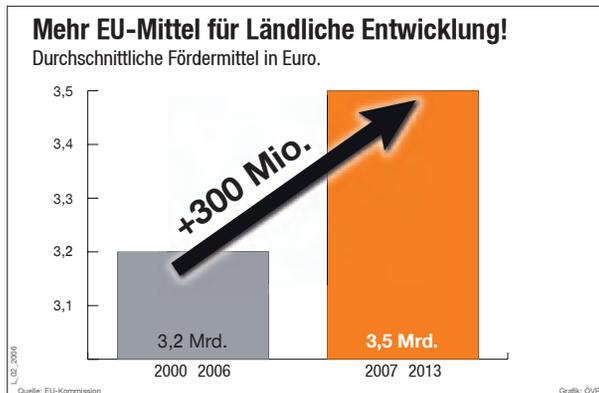
ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Reduktion der fossilen Energieträger am Energieverbrauch um 30%.
- ▶ Förderung der Umstellung österreichischer Haushalte auf erneuerbare Energie.
- ▶ Steigerung der thermischen Sanierungsrate im Wohnbau.
- ▶ Festhalten am Ziel eines Ausstiegs aus der Nutzung der Kernenergie in Europa.
- ▶ Schließung von nicht nachrüstbaren Kernkraftwerken der ersten Generation sowjetischer Bauart.
- ▶ Schaffung einheitlicher Sicherheitsstandards für im Betrieb befindliche Kernkraftwerke.
- ▶ Reform des EURATOM-Vertrages.
- ▶ Grenzüberschreitende UVP-Verfahren.
- ▶ Energiepartnerschaften mit den EU-Beitrittskandidaten und den Ländern Zentral- und Mitteleuropas.
- ▶ Forschungsförderung ausschließlich zur Förderung von Sicherheitsforschung.
- ▶ Kein Anbau gentechnisch veränderter Produkte in Österreich.
- ▶ Klare Kennzeichnungsregeln und Wahlfreiheit für Konsumenten und landwirtschaftliche Betriebe.
- ▶ Klare europäische Koexistenzregeln und ein strenges Reinheitsgebot für Saatgut.
- ▶ Stärkung der Umwelttechnologie als Wachstumsbranche.
- ▶ Institutionelle Verankerung der Exportinitiative zur Umwelttechnologie.
- ▶ Forschungsplattform zur Feinstaubbekämpfung.
- ▶ Nationales Aktionsprogramm zur Ressourceneffizienz und Abfallvermeidung.
- ▶ Elektronisches Datenmanagement in der Abfall- und Ressourcenwirtschaft.
- ▶ Verankerung von Tierschutzstandards nach österreichischem Vorbild auf europäischer Ebene.

Betriebe stärken. Zukunft nachwachsen lassen.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Steigerung der EU-Mittel für die Ländliche Entwicklung von 3,2 Mrd. auf 3,5 Mrd. Euro
- ▶ Agrardiesel: 2005 erstmals 40 Mio. Euro ausbezahlt.
- ▶ Steigerung der Bergbauernförderung um 37%.
- ▶ Zuwachs an Bio-Betrieben von 9% auf 12% (EU-Spitze).
- ▶ Agraraußenhandel: 1995: Defizit von 2 Mrd. Euro – heute ausgeglichene Bilanz!



Als ÖVP ist es uns ein wichtiges Anliegen, **Einkommen und Leistungskraft unserer bäuerlichen Betriebe zu sichern**. Mit dem Grünen Pakt für Österreichs Landwirtschaft und der Absicherung der europäischen Marktordnungszahlungen ist es in der laufenden Legislaturperiode auf europäischer Ebene hervorragend gelungen, optimale Voraussetzungen für die Bäuerinnen und Bauern für die nächsten Jahre zu schaffen. Um speziell den 10.000 jungen Hofübernehmern bis 2010, aber auch allen anderen bäuerlichen Familienbetrieben klare Zukunftsperspektiven bieten zu können, ist die Absicherung der Leistungsabgeltungen für die Land- und Forstwirtschaft durch ein 3,3 Mrd. Euro-Paket in der kommenden Legislaturperiode, finanziert durch Bund und Länder, Grundvoraussetzung. Dazu kommen noch weitere 3,5 Mrd. Euro für die Periode 2007 bis 2013 aus dem EU-Budget. Mit dem „**Grünen Pakt für Österreichs Landwirtschaft**“ haben wir die komplette Förderperiode bis 2013 gesichert und setzen klare Akzente auf das Umweltprogramm, auf die Bergbauernförderung und auf die Stärkung der Wettbewerbskraft.

Damit können Österreichs Bauern auf drei starke Säulen bauen:

- ▶ das Umweltprogramm für eine naturnahe Landwirtschaft,
- ▶ ein Bergbauernprogramm für Österreichs Landschaften und
- ▶ eine Investitionsoffensive für den Ländlichen Raum, deren Mittel in den kommenden Jahren weiter aufgestockt werden.

Die ersatzlose Streichung der Erbschafts- und Schenkungssteuern soll es den Hofübergebern und -übernehmern erleichtern, die Fortführung des Betriebs zu sichern.

Wir wollen die **Förderungsflexibilität für besonders benachteiligte Gebiete** sicherstellen, um einen möglichst wirkungsvollen Einsatz der verfügbaren Mittel garantieren zu können. Ergänzend dazu werden wir auf europäischer Ebene und in den WTO-Verhandlungen alles unternehmen, um das Europäische Agrarmodell sowie dessen Finanzierung innerhalb der Europäischen Union und der EU-Agrarpolitik als gemeinsamen europäischen Politikbereich zu verteidigen.

Wir wollen **zukunftsorientierte Investitionen und moderne Betriebsstrukturen**. Die Innovationsfreudigkeit in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft ist ein Schlüsselfaktor für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Sektors. Das erreichen wir mit einer gezielten Forschung und deren Förderung, wie z. B. bei der Nutzung des Innovationspotenzials bei Holz und Holzwerkstoffen, mit einer intensiveren Zusammenarbeit von agrarischer Forschung und Praxis sowie mit der Umsetzung einer Investitionsoffensive für die Land- und Forstwirtschaft.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für die österreichischen Maschinenringe absichern, die in ihrer konkreten Ausgestaltung der Idee einer professionellen Nachbarschaftshilfe unter den Bäuerinnen und Bauern bereits für Europa als Vorbild dienen.

Wir wollen zudem die **Forstwirtschaft als Arbeitgeber und Wachstumsbranche** stärken. 250.000 Österreicher leben direkt oder indirekt vom Wald und seinen Produkten. Er schafft und sichert Arbeitsplätze vor allem im ländlichen Raum. Auch im Ausland vertraut man auf den hochqualitativen Rohstoff aus Österreich. Durch die hohe Exportquote ist die österreichische Holzproduktion nach dem Tourismus der zweitwichtigste Devisenbringer. Wir wollen bessere rechtliche Rahmenbedingungen für den Einsatz von Holz schaffen und die Nutzungsmöglichkeiten erleichtern.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ 3,3 Mrd. Euro-Paket zur Absicherung der Leistungsabgeltung für die Land- und Forstwirtschaft (zusätzlich zu den 3,5 Mrd. Euro EU-Mittel).
- ▶ Förderungsflexibilität für besonders benachteiligte Gebiete.
- ▶ Sicherung des Europäischen Agrarmodells.
- ▶ Innovationsförderung für moderne Betriebsstrukturen in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft.
- ▶ Sichere Rahmenbedingungen für Einrichtungen professioneller Nachbarschaftshilfe bäuerlicher Betriebe.
- ▶ Bessere rechtliche Rahmenbedingungen für den Einsatz von Holz und seine Nutzungsmöglichkeiten.

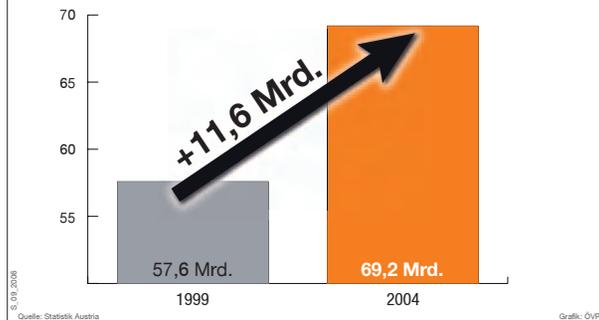
Hilfe für Schwache. Verantwortung für einander. Heimat für alle Generationen.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Höchste Sozialquote mit 29,4% des BIP, d.h. 9 Mrd. Euro mehr für Sozialleistungen.
- ▶ Pendlerpauschale um insgesamt 30% angehoben.
- ▶ Abfertigung Neu für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- ▶ Mehr Wohlstand – bei der Kaufkraft ist Österreich unter den Top-3-Ländern Europas.
- ▶ Bekämpfung der Armut – Rückgang der Armutsgefährdung um 1% in den letzten 10 Jahren.
- ▶ Steuerreform – 2,5 Mio. Menschen zahlen keine Lohn- und Einkommenssteuer mehr.

Sozialausgaben gestiegen!

Sozialausgaben in Österreich pro Jahr in Mrd. Euro.



Die Volkspartei ist Österreichs Verantwortungspartei. Sie steht für eine Verantwortungsgesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit und Solidarität vor allem mit den Schwachen keine Lippenbekenntnisse sind. Wir sind aufgrund unseres Welt- und Menschenbildes der Überzeugung, dass jeder Mensch die Möglichkeit haben soll, sich seiner Neigungen und Fähigkeiten entsprechend zu entfalten.

Mit einer Gemeinschaft, die ein soziales Netz für jeden zur Verfügung stellt, wahren wir die Würde des Einzelnen – ganz besonders dann, wenn sich Menschen nicht mehr selbst helfen können. Soziale Gerechtigkeit erfordert auch einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen.

Für die ÖVP sind in der Sozialpolitik zwei Prinzipien wichtig:

- ▶ die Unterstützung derer, die Hilfe brauchen und
- ▶ die Nachhaltigkeit der Sozialsysteme, damit sich auch die künftigen Generationen auf soziale Sicherheit verlassen können.

Unser Sozialsystem mit seinem breit gefächerten Auffangnetz bietet eine flächendeckende Grundversorgung für alle. In der Praxis zeigt sich: Nur wer differenziert, hilft direkt.

Österreich ist in den letzten vier Jahren menschlicher geworden. Vor allem Kinder, Mütter, ältere Menschen, Kranke und Menschen mit Behinderung haben davon profitiert. In Österreich lebt der Zusammenhalt. Fast die Hälfte der Menschen in Österreich wäre von Armut bedroht, wenn wir nicht ein so gut funktionierendes soziales Netz hätten, das auffängt und wieder aufrichtet. Schon die von uns vorgenommene Anhebung der Mindestpension für alleinstehende Menschen ist ein wirksamer Schutz gegen Armut im Alter. Über 85% der Österreicher und Österreicherinnen leben in einer Situation, die gut bis sehr gut ist. Gerade deshalb sehen wir die Bekämpfung der noch bestehenden Armut in Österreich, in einem Wohlfahrts- und Wohlstandsstaat, als große Aufgabe für Politik und Gesellschaft.

Die Erhaltung der sozialen Absicherung – ein wichtiger Baustein im europäischen Lebensmodell – für künftige Generationen ist das Ziel der ÖVP auch in den kommenden Jahren. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist wirtschaftliches Wachstum, denn nur wettbewerbsfähige Betriebe zahlen Steuern und Sozialabgaben und beschäftigen Arbeitnehmer.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Sicherung der Sozialsysteme auch für künftige Generationen durch eine nachhaltige Politik.
- ▶ Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Non-profit-Organisationen.
- ▶ Ausbau der Warnmechanismen bei Armutsgefährdung und weitere Bekämpfung der Armut.
- ▶ Festigung des sozialen Netzes für jeden Einzelnen.
- ▶ Schnelle Hilfestellung für die, die Hilfe brauchen (möglichst nach einem one-stop-shop-Prinzip in der Sozialverwaltung gemeinsam mit den Bundesländern).

Spitzenmedizin sichern. Für mehr Lebensqualität vorsorgen.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ 8,2 Mio. E-Cards, minus 42 Mio. Krankenscheine.
- ▶ Verbesserung der Patientenrechte: Abschaffung der Chefarztpflicht, neue Patientenverfügung.
- ▶ Vorsorgeuntersuchung Neu: kostenlose Gesundheitschecks für alle Generationen.
- ▶ Krankenkassen saniert – wieder schwarze Zahlen.
- ▶ Arzneimittelkostendämpfungspaket: Kosteneinsparungen von 450 Mio. Euro.
- ▶ Erstklassige Gesundheitsversorgung für alle: 300.000 Beschäftigte, davon 40.000 Ärzte, 90 Mio. Arzt-Patienten-Kontakte, 100 Mio. verordnete Rezepte jährlich.
- ▶ 13.534 Hüftgelenksprothesen allein 2005, Durchschnittsalter bei 66,8 Jahren.
- ▶ 11.437 künstliche Kniegelenke allein 2005, Durchschnittsalter bei 69,9 Jahren.
- ▶ Grauer Star: 52.459 Operationen allein 2005, Durchschnittsalter bei 73,8 Jahren.

Österreich steht damit besser da als andere Länder – auch als andere Länder mit sozialdemokratischen Regierungen, in denen viele medizinische Leistungen von den Kassen ab einem bestimmten Alter nicht mehr bezahlt werden.

Der Hausarzt ist in unserem Gesundheitskonzept die zentrale Anlaufstelle für Patienten. Er übernimmt die wohnortnahe Erstbetreuung für die Familien und ist Lotse für den Patienten durch die Vielfalt des medizinischen Angebots. Der Hausarzt hat auch eine Schlüsselstellung bei der Betreuung älterer Menschen, damit diese möglichst lange zu Hause bleiben und betreut werden können. Für diese wichtigen Aufgaben sollen angehende Mediziner auch richtig ausgebildet und die Hausärzte passend entlohnt werden. Gleichzeitig muss es ihnen möglich sein, in der täglichen Arbeit mehr Zeit und Zuwendung für ihre Patienten aufbringen zu können und sich nicht auf Bürokratie und Verwaltung konzentrieren zu müssen. Das System der Lehrpraxen, das gut mit den Ausbildungsphasen in den Krankenhäusern abgestimmt sein muss, soll erweitert werden. Die zunehmende Lebenserwartung der Menschen muss auch im Gesundheitssystem besonders berücksichtigt werden. Gesundheitliche Veränderungen im Alter wie zum Beispiel Altersdemenz oder Alzheimer müssen bereits in der Ausbildung der Allgemeinmediziner stärker berücksichtigt werden, auch eine eigene Spezialisierung für Altersmedizin soll geschaffen werden (z.B. Fachärzte, Additivfächer etc.).

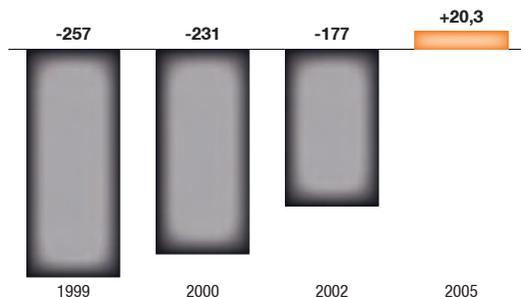
Als Verantwortungspartei propagieren wir besonders den Präventionsgedanken: Nicht nur die Heilung von Krankheiten, sondern viel stärker als bisher die Vorbeugung und Gesundheitsförderung müssen im Gesundheitssystem des 21. Jahrhunderts eine Rolle spielen. Die erfolgreiche Vorsorgeuntersuchung Neu soll im Gesundheitsbewusstsein der Österreicher zur Selbstverständlichkeit werden. Vor allem die großen „Volkskrankheiten“ Diabetes und Herz-Kreislaufkrankungen können durch einen bewussteren Lebensstil verhindert werden.

Die ÖVP will in den kommenden vier Jahren die Frauengesundheit vermehrt in den Mittelpunkt stellen. Den biologischen Unterschieden zwischen Frauen und Männern muss in der Medizin und in der Forschung deutlich stärker Rechnung getragen werden, z.B. in der Entwicklung von Medikamenten. Flächendeckende Vorsorgeprogramme zur Brustkrebs- oder Osteoporoseprävention sichern die beste medizinische Betreuung von Frauen.

Die Forschung für seltene Erkrankungen muss weiter ausgebaut werden. Das Auftreten von seltenen Stoffwechselerkrankungen stellt für die Betroffenen und meistens auch für die unmittelbaren Angehörigen enormes Leid und Belastungen dar.

Krankenversicherungen saniert!

Gebahrungsergebnisse der Krankenversicherungen in Mio. Euro.



Wir setzen uns für ein Gesundheitswesen auf höchstem Niveau ein, das auf die Gesundheitsherausforderungen der Zukunft – etwa auf die Bevölkerungsentwicklung oder auf neue Technologien – die richtigen Antworten hat. Die Gesundheitspolitik der Volkspartei hat schon in den vergangenen Jahren positive Wirkungen für die Bevölkerung gezeigt: So ist der Zugang zur Spitzenmedizin von uns für alle Menschen unabhängig vom Einkommen und Alter gesichert worden.

Die Wissenschaft und die Erforschung neuer Therapieformen muss daher raschest möglich ausgeweitet werden.

Wir bekennen uns zu einem **Gesundheitswesen auf höchstem Niveau, das für alle unabhängig von Alter und Einkommen zugänglich ist.** Im Gesundheitswesen geht es um Solidarität – um Solidarität der Gesunden mit den Kranken. Diese Solidarität muss sich auch in der Aufbringung der Finanzmittel widerspiegeln. Um diese Solidarität zu erhalten, ist ein sparsamer Umgang mit den öffentlichen Geldern im Gesundheitswesen notwendig. Sparsamkeit darf aber nicht zu Rationierung führen. Es sollen nicht Leistungen gekürzt, sondern die einzelnen Versorgungseinheiten besser aufeinander abgestimmt werden. Effizienz und Qualitätssicherung sind dabei wichtige Faktoren. In konkreter Umsetzung des Prinzips „ambulant vor stationär“ soll der Ausbau von Tageskliniken und Ärztezentren forciert werden. Tagesklinische Behandlungszentren sollen ausgebaut werden, weil sie für die Betroffenen angenehmer und insgesamt auch kostengünstiger sind. Interdisziplinäre Gesundheitszentren mit langen Öffnungszeiten in den Städten und auf dem Land können eine effiziente Versorgung anbieten und gleichzeitig die Spitäler entlasten.

Moderne Medikamente, für deren Erforschung und Entwicklung in Europa die Finanzierung weiter verbessert werden muss, ersparen teure klinische Eingriffe und sind für die Patienten die bessere Alternative in der Krankenbehandlung.

300.000 im Gesundheitsbereich tätige Menschen sichern durch ihre hochqualitative und engagierte Arbeit Österreich einen weltweiten Spitzenplatz in der Gesundheitsversorgung. Tausende – meist hochqualifizierte – Arbeitsplätze sind in diesem Sektor entstanden. Diese Chancen wollen wir nutzen, indem Medtech- und Biotechcluster für Österreich ausgebaut werden sollen, und auch das Potential der Medizinuniversitäten genützt wird.

Am Arbeitsplatz Gesundheit muss man sich wohlfühlen, um für seine Patienten optimale Leistung erbringen zu können. Oberstes Ziel aller Gesundheitsberufe muss der Patient sein. Deshalb muss nicht nur die Ausbildung sorgfältig erfolgen, auch das Arbeitsumfeld muss eine gute Betreuung der Patienten ermöglichen.

Schließlich zählt auch eine Stärkung der Mitbestimmung der Patienten und Angehörigen zur optimalen Betreuung. Daher soll auch die Rolle der Selbsthilfeorganisationen und bürgerschaftlichen Organisationen sowie der Patientenanwaltschaften gestärkt werden.

Die E-Card ist ein Meilenstein in der österreichischen Gesundheitsversorgung. Sie soll weiter ausgebaut werden und auch für Rezepte, Überweisungen zwischen Ärzten und Krankenhäusern, das Vermerken einer Patientenverfügung usw. verwendbar werden und so eine flächendeckende Vernetzung aller Gesundheitseinrichtungen ermöglichen. Der Datenschutz muss dabei gewährleistet sein. Die Möglichkeiten des Internets als Informationsquelle auch im Gesundheitsbereich und der Telemedizin sollen weiter konsequent ausgebaut werden.

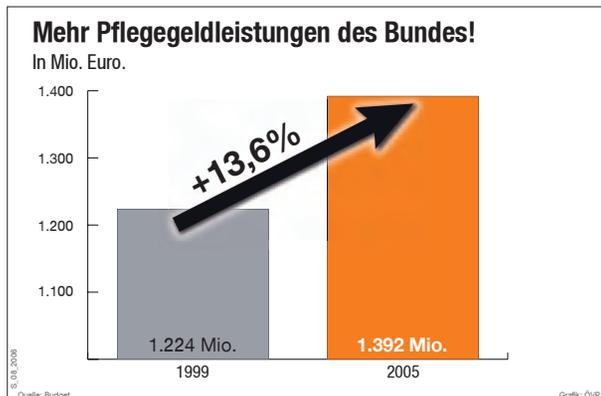
ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Zugang zur Spitzenmedizin unabhängig vom Einkommen und Alter.
- ▶ Hausarzt als zentrale Anlaufstelle für die Patienten.
- ▶ Reform der Turnusarztausbildung.
- ▶ Lehrpraxen für eine aufgabengerechte Ausbildung von Hausärzten.
- ▶ Ausbau der Medtech- und Biotechcluster in Österreich.
- ▶ Ausbau der Forschung für seltene Krankheiten.
- ▶ Stärkung der Mitbestimmung der Patienten und ihrer Angehörigen.
- ▶ Ausbau der Gesundheitsförderung und Bewerbung der „Vorsorgeuntersuchung Neu“.
- ▶ Frauengesundheit und Geschlechterunterschiede in der Medizin in den Mittelpunkt stellen.
- ▶ Bessere Abstimmung der Versorgungseinheiten im Gesundheitssystem.
- ▶ Forcierung des Ausbaus von Tageskliniken und Praxisgemeinschaften sowie tagesklinische Behandlungszentren.
- ▶ Ausbau des Systems der E-Card für Rezepte, Befunde und Überweisungen.

Älter werden. Mensch bleiben.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Familienhospizkarenz eingeführt.
- ▶ Pflegegeld erhöht: Über 319.000 Pflegegeldbezieher bekommen je nach Pflegestufe zwischen 148,30 und 1.562,10 Euro monatlich.
- ▶ Bausparen als Pflegevorsorge ermöglicht.
- ▶ Anspruch auf Pflegegeld für behinderte Kinder ab der Geburt.
- ▶ Begünstigte Selbstversicherung für pflegende Angehörige.



Pflege und Betreuung älterer Menschen gehören angesichts der demografischen und gesundheitlichen Entwicklungen in den nächsten Jahren zu den großen Herausforderungen. Diese Herausforderungen betreffen jeden Einzelnen, die Familien, das Gemeinwesen, die Politik. Für uns ist es daher besonders wichtig, in diesem Bereich Antworten zu geben. Aktive Sterbehilfe und Euthanasie sind dabei niemals akzeptabel: **Der Schutz jedes einzelnen Lebens ist Hauptaufgabe einer christdemokratischen Politik.**

Unser Ziel ist es, dass pflegebedürftige Menschen – wie es ihrem Wunsch entspricht – möglichst lange selbstständig und in den eigenen vier Wänden bleiben können. Dazu braucht es Kontakt zu anderen Menschen, um einer Vereinsamung entgegenzuwirken, z.B. in Nachbarschaftszentren oder Seniorenbegegnungsstätten. Wenn der Einzelne nicht mehr weiterweiß, muss er sich an professionelle Einrichtungen wenden können, die ein breites Angebot an professionellen Diensten von mobiler Versorgung zu Hause über betreute Wohnformen bis zu teilstationären und stationären Angeboten

im Akut-, Übergangs- und Langzeitbereich vermitteln können. In Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam mit den Sozialorganisationen müssen die dafür notwendigen Kapazitäten am richtigen Ort bereitgestellt bzw. das vorhandene Angebot ausgebaut werden.

Die Unterstützung der pflegenden Angehörigen ist eine der zentralen Aufgaben im Pflegesystem, denn ein Großteil der Betreuungsarbeit wird von ihnen geleistet. Es gilt daher, die Angehörigenpflege und ehrenamtliche Tätigkeit zu stärken und sie zu entlasten. Wir wollen für die Betroffenen mehr Flexibilität in der Betreuungsorganisation schaffen, denn ihre Bedürfnisse müssen im Mittelpunkt stehen. Ehrenamtliche Arbeit als wichtiger Beitrag zur Entlastung pflegender Angehöriger soll weiter gefördert werden.

Zur Sicherstellung des nötigen Personals zur Pflege und Betreuung wollen wir die Ausbildung der Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufe insgesamt im Sinne eines modularen, durchlässigen und abgestimmten Systems weiter modernisieren. Wir arbeiten für Bildungsmöglichkeiten mit angereicherten Ausbildungszielen und Anknüpfung an das Regelschulwesen - von Einstiegsberufen mit Basisausbildung und berufsbegleitenden Ausbildungen, über maturaführende Schulen und Kollegs bis hin zur pflegewissenschaftlichen und universitären Ausbildung. Dies ist ein bedeutender Beitrag zur Aufwertung und Wertschätzung der Arbeit und Leistung dieser immer wichtiger werdenden Berufsgruppen. Auch der Vorschlag, entsprechende Lehrberufe im Bereich Heimhilfe und der Seniorenbetreuung zu schaffen, soll geprüft werden.

Die Vernetzung der Beteiligten im Gesundheits-, Pflege- und Betreuungsbereich wird immer wichtiger, damit vor allem an den Schnittstellen nicht die optimale Leistung für den Patienten verloren geht. Die steuernden Wirkungen der Finanzierungsflüsse im Gesundheits-, Sozial- und Pflegewesen müssen bestmöglich abgestimmt werden. Wir treten auch dafür ein, dass im Bereich der Pflege eine Entkriminalisierung von Haushaltshilfe und Seniorenbetreuung in der Familie erfolgt, die privat organisiert werden. Lösungsmodelle dafür sollen rasch erarbeitet werden.

Der Ausbau der Palliativ-, Hospiz- und Schmerzmedizin soll ein weiterer Schwerpunkt sein. **Für die ÖVP sind Pflege und Betreuung integrale Bestandteile einer leistungsfähigen Versorgungslandschaft** und sollen daher künftig in den relevanten Prozessen und Institutionen wirkungsvoll eingebunden sein.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Erarbeitung eines konzertierten Pflege-Aktionsplans von Bund, Ländern, Gemeinden und Hilfsorganisationen mit dem Ziel der Verdoppelung pflegender und betreuender Personen bis 2010.
- ▶ Erstellung eines Bildungs- und Forschungskonzepts für Pflege und Betreuung.
- ▶ Ausbau einer bedarfsgerechten und langfristig leistungsfähigen Versorgungsstruktur für ältere Menschen, u.a. durch ein stärkeres Augenmerk auf mobile Betreuung zu Hause.
- ▶ Vermehrte Ausbildung von Pflegenden und Betreuern für Menschen im eigenen Heim.
- ▶ Ausbau der Palliativ-, Hospiz- und Schmerzmedizin sowie psychosozialer Betreuungsangebote.
- ▶ Unterstützung und Anerkennung der Leistungen pflegender Angehöriger.
- ▶ Ausbau der Zusammenarbeit mit Freiwilligenorganisationen.
- ▶ Starke Unterstützung der Modelle der Bürgergesellschaft zur Gewährleistung der Pflege.
- ▶ Gesetzliche Neuregelung von Heimhilfen innerhalb der Familie durch ein Bündel an Maßnahmen in allen Bereichen.

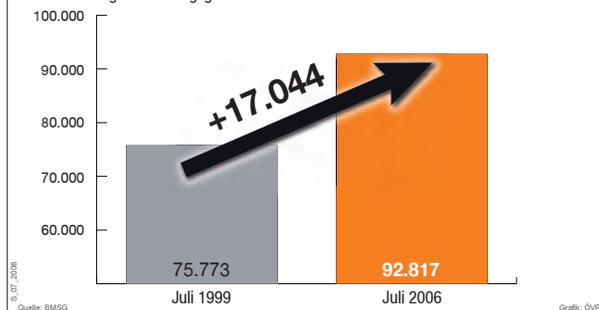
Würde sichern. Hindernisse überwinden.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Behindertengleichstellung – Barrierefreiheit für über 1 Mio. Menschen.
- ▶ Beschäftigungsoffensive für Menschen mit Behinderung – 17.000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert.
- ▶ Gebärdensprache im Verfassungsrang.
- ▶ Integrative Lehrausbildung sowie persönliche Assistenz am Arbeitsplatz geschaffen.

Mehr Schutz für Menschen mit Behinderung!

Anzahl der Menschen mit Behinderung in Beschäftigung geschützt durch das Behindertengleichstellungsgesetz.



Für uns ist die Würde des Menschen unabhängig von seiner Leistung, seinem Alter und seinem Gesundheitszustand. Eine Gesellschaft, die Behinderung aus ihrem Bewusstsein verdrängt, verliert ihren humanen Charakter. Deshalb treten wir auch für eine Förderung von Menschen mit Behinderungen ein.

Uns geht es nicht nur darum, die Barrieren in den Gesetzen und Köpfen abzubauen, sondern auch die tatsächlichen Hindernisse im alltäglichen Leben zu überwinden. Dazu braucht es einen Paradigmenwechsel: Weg vom behinderten Menschen als Objekt der Fürsorge, hin zu einem selbst bestimmten Leben.

Wir treten zudem für ein neues Forschungsmedizingesetz ein, das die bestehenden Gesetzesmaterien konzentriert, Begriffsbestimmungen vereinheitlicht und noch offene Fragestellungen regelt.

Ein besonderes Anliegen ist uns der **Zugang zum Arbeitsmarkt für behinderte Menschen**. Wir wollen den Abbau von Grenzen im beruflichen Leben weiter forcieren. Unsere erfolgreiche Beschäftigungsoffensive soll weitergeführt werden.

Dazu zählen auch die Weiterführung und Weiterentwicklung von Arbeitsassistenzen und der persönlichen Assistenz am Arbeitsplatz sowie die verbesserte Schulung von Behindertenvertrauenspersonen.

Behinderte Menschen sollen durch die persönliche Assistenz ein selbst bestimmtes Leben führen können. Das ermöglicht den Verbleib in den eigenen vier Wänden und Selbstständigkeit.

Die Leistungen pflegender Angehöriger müssen besser anerkannt werden, etwa durch einen leichteren Wiedereinstieg ins Berufsleben nach Pflegezeiten oder eine Verbesserung des Zugangs zum Unterstützungsfonds für pflegende Angehörige.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

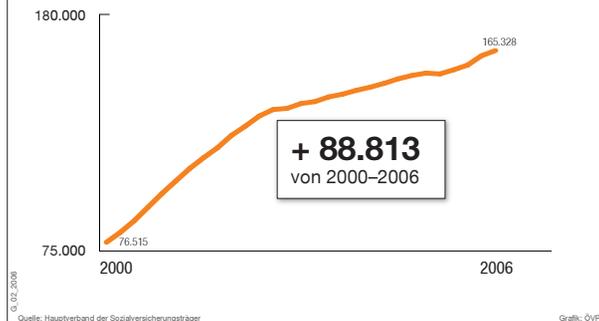
- ▶ Förderung von Menschen mit Behinderungen.
- ▶ Ablehnung von Euthanasie und aktiver Sterbehilfe.
- ▶ Forschungsmedizingesetz zur Konzentration bestehender Gesetzesmaterien und Regelung offener Fragestellungen.
- ▶ Weiterführung der Beschäftigungsoffensive für Menschen mit Behinderungen.
- ▶ Verbesserte Schulungen von Behindertenvertrauenspersonen.
- ▶ Weiterführung und Weiterentwicklung von Arbeitsassistenzen und der persönlichen Assistenz am Arbeitsplatz.
- ▶ Erleichterung des Wiedereinstiegs ins Berufsleben nach Pflegezeiten.
- ▶ Verbesserung des Zugangs pflegender Angehöriger zum Unterstützungsfonds.

Mit Kindern leben wollen. Mit Kindern berufstätig sein können.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Kinderbetreuungsgeld für alle: Anzahl der Bezieherinnen und Bezieher auf 170.000 mehr als verdoppelt.
- ▶ Kinderbetreuungsgeld für alle: Zuverdienstgrenze von rund 4.000 auf 14.600 Euro jährlich erhöht.
- ▶ Bessere Anerkennung der Kindererziehungszeiten im Pensionsrecht: Mit 1.350 Euro als Bewertungsgrundlage pro Monat zusätzlich.
- ▶ Höhere Familienbeihilfe bei Mehrlingsgeburten.
- ▶ Anhebung der Zuverdienstgrenze beim Alleinverdienerabsetzbetrag: Von 4.400 auf 6.000 Euro.
- ▶ Familienhospizkarenz geschaffen: Sechs Monate für Pflege kranker Angehöriger, neun Monate für schwerst erkrankte Kinder.
- ▶ Familienbeihilfe: Anhebung um über 100 Euro mehr pro Jahr.
- ▶ Familienpaket der Steuerreform: Mehr als 250 Mio. Euro für unsere Familien.

Mehr Kindergeld- und Karenzgeldbezieher!



Die Volkspartei ist Österreichs Familienpartei.

Unsere Familienpolitik nimmt Maß an der Wirklichkeit des Familienlebens. Familie ist ein Ort der gegenseitigen Unterstützung, der Geborgenheit. Sie gibt den Familienmitgliedern Sicherheit und einen Lebensmittelpunkt. Sie ist Sphäre positiver Erfahrungen und Erinnerungen für Kinder und für die Eltern. In der Familie werden Werte, Wissen und Erfahrungen vermittelt, die staatliche Institutionen nie vermitteln können. Deshalb ist es auch wichtig, dass die Eltern nicht ihre Erziehungspflichten an die Schule delegieren, sondern Schule und Eltern besser zusammenwirken.

Die ÖVP bekennt sich dazu, die Familie zu fördern. Dies soll nicht durch Benachteiligung oder Diskriminierung anderer Formen des Zusammenlebens geschehen, weil für uns gegenseitige Hilfe und Fürsorge ein hoher Wert – unabhängig von der Rechtsform des Zusammenlebens – ist.

Die Familie ist für Jugendliche nach wie vor Idealvorstellung und wichtiges Ziel. Wir wollen Männer und Frauen bestärken, eine Familie zu gründen und den Kinderwunsch auch Wirklichkeit werden zu lassen. Damit Mütter und Väter die Herausforderungen besser bewältigen können, sollen sie kinderfreundliche Rahmenbedingungen und konkrete Hilfestellungen vorfinden.

Mit dem Kinderbetreuungsgeld ist es gelungen, dass Eltern auch vermehrt Teilzeitarbeit annehmen können und so mehr Zeit mit dem Kind verbringen können. Umfragen zeigen, dass Frauen mit Teilzeitarbeit zufrieden sind und diese auch bewusst gesucht haben. Auch Väter werden von uns durch das Kinderbetreuungsgeld gefördert – und auch gefordert. Sie sind langsam – leider noch zu zögerlich – bereit, diese Herausforderung anzunehmen. Die Zahlen der Väter, die Kinderbetreuungsgeld in Anspruch nehmen, steigen.

Bei den alltäglichen Hilfestellungen für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie besteht Handlungsbedarf. So wird bei Kindergartenöffnungszeiten noch zu wenig auf die geänderten Arbeits- und Lebensabläufe der Eltern eingegangen. Hier müssen die Gebietskörperschaften schneller und flexibler reagieren. Die Volkspartei wird weitere Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wie zum Beispiel Betriebskindergärten, flexible Arbeitszeitmodelle oder Familienkarenz, nachdrücklich unterstützen.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Förderung der Familien ohne andere Formen des Zusammenlebens zu diskriminieren.
- ▶ Bessere Interaktion zwischen Schule und Eltern zur besseren Erziehung des Kindes.
- ▶ Unterstützung von Frauen und Männern bei der Realisierung des Kinderwunsches.
- ▶ Konkrete Hilfestellungen zur Unterstützung der Mütter und Väter.
- ▶ An Arbeits- und Lebensabläufe der Eltern angepasste Kindergartenöffnungszeiten.
- ▶ Unterstützung von Maßnahmen auf betrieblicher Ebene zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

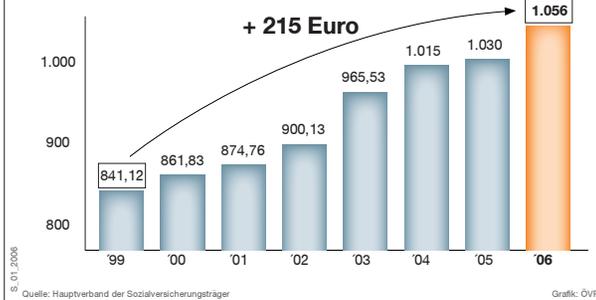
Sicher leben. Aktiv bleiben.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Mindestpensionen seit 1999 um 100 Euro bzw. für Familien um 214 Euro angehoben.
- ▶ Vierthöchste Mindestpensionen in Europa – 188.000 Senioren nicht mehr armutsgefährdet.
- ▶ Pensionen an die Inflationsrate angepasst – Kaufkraft der Senioren gesichert.
- ▶ Pensionen bis zum Jahr 2050 gesichert.
- ▶ Drei-Säulen Modell der Altersvorsorge – sichere Pensionen auch für künftige Generationen.
- ▶ Enorme Verbesserungen für die eigenständige Alterssicherung der Frauen.
- ▶ Kein Eingriff in bestehende Pensionen.

Mindestpension für Ehepaare um 215 Euro erhöht.

Ausgleichszulagenrichtsatz für Ehepaare. (Entwicklung von 1999 - 2006 in Euro)



Immer mehr Menschen werden immer älter. Noch nie zuvor in der Geschichte konnten so viele Menschen bis ins hohe Alter so aktiv, gesund und sozial abgesichert leben wie heute. Der Begriff „Senioren“ umfasst heute verschiedenste Lebensformen und damit verschiedenste Bedürfnisse.

Die veränderten Bevölkerungsstrukturen erfordern neue senienpolitische Konzepte, Programme und Maßnahmen. Dies gilt besonders für die Bereiche Gesundheit, Altersvorsorge, Pflege, Mobilität und Wohnen.

Für uns als Volkspartei sind die Senioren ein aktiver Teil der Bürgergesellschaft. Ihre Leistungen sind nicht nur in der Familie unverzichtbar – z. B. bei der Betreuung der Enkelkinder –, sondern auch in der Freiwilligenarbeit. Das Miteinander der Generationen in Familie und Gesellschaft ist ein wichtiges Anliegen der ÖVP. Die Bereitschaft der älteren Generation mitzuarbeiten, muss aber im Gegenzug auch das

Ende der Diskriminierung aufgrund des Alters zur Folge haben. Aus dem Bekenntnis zur Rolle der Senioren als fünfter Sozialpartner soll in den Institutionen schrittweise Realität werden.

Ältere Menschen haben spezifische Bedürfnisse auch in der Mitwirkung und Mitbestimmung der öffentlichen Angelegenheiten. Neben der Einbindung in Entscheidungsprozesse soll den älteren Menschen aber auch die Teilnahme an Wahlen erleichtert werden. Dazu ist die Briefwahl auf allen Ebenen ein adäquates Mittel.

Für die Senioren ist die Sicherung ihres Lebensstandards auch in und durch die Pension neben der Gesundheitsvorsorge das wichtigste Anliegen. Unsere Reformen in den letzten sechs Jahren haben dazu geführt, dass unser Pensionssystem finanziell wieder auf sicheren Beinen steht. Gleichzeitig werden die Pensionen mit der vollen Teuerungsrate erhöht. Gerade bei den Pensionisten mit den niedrigsten Pensionen haben wir starke Erhöhungen der Pensionen vorgenommen. Dies hat auch dazu geführt, dass viele Menschen nicht mehr unter die Armutsgrenze fallen.

Damit auch in Zukunft die Pensionen gesichert sind und die Jungen nicht untragbare Lasten tragen müssen, treten wir für die Stärkung des Drei-Säulen-Prinzips ein: Die gesetzliche Pension wird durch die betriebliche Vorsorge und die private Eigenvorsorge ergänzt. Die Beibehaltung des Umlageverfahrens und die Ablehnung der „Volkspension“, also einer niedrigen, für alle gleichen Grundpension ohne erbrachte Arbeitsleistung, sind für uns Eckpunkte der künftigen Pensionspolitik. Für uns alle sind die Folgen des rot-grünen Experiments in Deutschland Warnung und Auftrag, es besser zu machen. In Deutschland konnten die Pensionen in den letzten drei Jahren nicht mehr an die Teuerung angepasst werden, und aus Geldmangel werden sie auch die nächsten vier Jahre eingefroren. Das bedeutet eine Kürzung um 15%! Das darf bei uns niemals eintreten - deshalb haben wir umfassend reformiert.

Auch in der medizinischen Betreuung sollen die Bedürfnisse älterer Menschen durch die Schaffung von zusätzlichen Lehrstühlen für Geriatrie und die Spezialisierung für Altersmedizin (z.B. Fachärzte, Additivfächer etc.) noch stärker berücksichtigt werden.

Wohnen im Alter stellt eine der größten Herausforderungen dar. Mit neuen Formen des betreuten Wohnens wurden hervorragende Erfahrungen gemacht, die österreichweit genutzt werden müssen. Daher wird die Volkspartei für eine Überarbeitung des komplexen Wohnrechts eintreten, um Rechtssicherheit für Einrichtung und Erhaltung von altersspezifischen neuen

Wohnformen herzustellen. Dabei sollen auch altersgerechte Wohnungen in der Wohnbauförderung und den Bauordnungen berücksichtigt werden.

Auch als Konsumenten haben Senioren spezifische Bedürfnisse. Wir unterstützen daher private Initiativen, Einkaufsmöglichkeiten seniorengerechter zu gestalten. Große Schriften auf Verpackungen, Beipackzetteln, Gebrauchsanweisungen usw. spielen ebenso eine Rolle, wie die übersichtliche Geschäfts- und Regalausstattung, rutschfeste Böden, Sitzgelegenheiten, Aufzüge und möglichst stufenlose Zugänge. Wir appellieren gleichzeitig an die Wirtschaft, sich dieser Herausforderungen bewusst zu werden und Lösungsvorschläge umzusetzen.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Neue Konzepte, Programme und Maßnahmen im Bereich Gesundheit, Altersvorsorge, Pflege, Mobilität und Wohnen, die den Bedürfnissen älterer Menschen entsprechen.
- ▶ Einbindung der Senioren bei allen öffentlichen Angelegenheiten als 5. Sozialpartner.
- ▶ Stärkung des Drei-Säulen-Prinzips in der Altersvorsorge.
- ▶ Wertsicherung der Pensionen.
- ▶ Beibehaltung des Umlageverfahrens im Pensionssystem.
- ▶ Schaffung von zusätzlichen Lehrstühlen für Geriatrie.
- ▶ Einführung von Spezialisierungsmöglichkeiten für Altersmedizin (z.B. Fachärzte, Additivfachärzte etc.).
- ▶ Seniorengerechte Nutzung der E-Card und Einführung des elektronischen Rezeptes.
- ▶ Ausbau des betreuten Wohnens.
- ▶ Überarbeitung des komplexen Wohnrechts zur Einrichtung altersspezifischer neuer Wohnformen.
- ▶ Berücksichtigung altersgerechter Wohnungen in der Wohnbauförderung.
- ▶ Seniorengerechtere Gestaltung der Einkaufsmöglichkeiten.

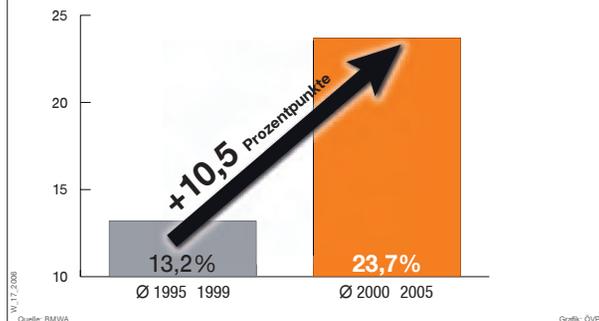
Partnerschaft fördern. Fairness fördern.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Über 160.000 Frauen mehr in Arbeit (Vergleich Juni 1999 mit Juni 2006).
- ▶ Einkommensschere geht zusammen. 1999: 21% Einkommensunterschied zw. Männern und Frauen, 2004: 18%.
- ▶ EU-Ziel „60% Frauenbeschäftigungsquote“ jetzt bereits mit 62% übertroffen.
- ▶ Erhöhung des Alleinverdiener/innen-Absetzbetrages.
- ▶ Erhöhte Anrechnung der Kindererziehungszeiten auf die Pension.

Mehr Frauen in Führungspositionen!

Frauenanteil in Führungspositionen in heimischen Unternehmen in %.



Frauen bestimmen in immer stärker werdendem Maße die Entwicklungen in Gesellschaft und Arbeitswelt mit. Frauen- und familienpolitische Anliegen treffen sich vor allem dort, wo Kinder im Leben der Frauen eine Rolle spielen. Doch ist es unbestritten, dass Frauenleben heute stärker vom Streben nach Kompetenz, Karriere, Konsum und Selbstverwirklichung bestimmt sind als noch vor 20, 30 Jahren.

Die moderne Arbeitswelt bietet neue Chancen, die Arbeit so zu organisieren, dass familiären Pflichten deutlich besser als bisher Rechnung getragen werden kann. Auch gesellschaftspolitische Meilensteine wie etwa das Kinderbetreuungsgeld mit seiner erhöhten Zuverdienstgrenze werden dem Bedürfnis der Frauen gerecht, auch während Betreuungsphasen – wenn sie das wollen – nicht gänzlich aus dem Beruf aussteigen zu müssen. Ebenso haben wir den Wiedereinstieg durch die Elternteilzeit erleichtert, und auch dem Wunsch vieler Frauen

nach einer Teilzeitarbeit während der ersten Lebensjahre ihres Kindes besonders Rechnung getragen. Wir werden weitere Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie setzen.

Mit einer Initiative zur Steigerung der Vollerwerbsquote für Frauen, die nicht in Teilzeitarbeit beschäftigt sein möchten, soll die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen weiter verkleinert werden. Diesem Ziel dienen Frauenförderpläne in Betrieben, die Unterstützung von Mädchen bei der (atypischen) Berufswahl und die Eliminierung von Stereotypen in der Arbeitsbewertung. Für die nachhaltige Gestaltung einer frauengerechten Arbeits- und Berufswelt stellen wir die gesetzliche Erhöhung des Frauenanteils in den Kollektivvertragsverhandlungsteams zur Diskussion. Wir setzen uns für gezielte Maßnahmen zur besseren Bewertung sogenannter frauenspezifischer Jobs ein. Die Weiterführung der Förderung von Frauen in Führungspositionen (z.B. durch Mentoringprogramme und Netzwerke) sowie ein weiterer Ausbau der frauenspezifischen Weiterbildungsangebote im AMS sind ebenfalls wesentlich für eine Verbesserung der Situation der Frauen.

Obwohl sich der Frauenanteil bei Absolventen und Absolventinnen in allen schulischen und universitären Bereichen sehr stark erhöht hat und der Anteil der reinen Pflichtschulabsolventinnen immer geringer wird, entwickeln sich die Berufskarrieren der Frauen noch immer nicht in dem Maße, als dies möglich wäre. Daher ist es unser Anliegen, Lehrberufe für Mädchen zu fördern, die später auch entsprechende finanzielle Absicherungen bieten. Gleiches gilt für die Unterstützung von Chancengleichheitsplänen und Personalentwicklungsmaßnahmen für die Privatwirtschaft und die Förderung von Frauen für höhere technische Ausbildungen und technische Studiengänge.

Um Frauen zu fördern und zu ermutigen, einen selbstbestimmten und zukunftsorientierten Berufsweg zu beschreiten, setzen wir uns für den Ausbau der Frauenberatungsstellen und deren mehrjährige finanzielle Absicherung ein. Als spezielles Ziel verfolgen wir die Erhöhung des Frauenanteils in Spitzenpositionen in der Forschung. Erst wenn bewusst wird, welche finanziellen Vorteile durch die richtige Berufswahl – während der Berufsausübung und danach in der Höhe der Pensionszahlung – erreicht werden können, werden die Initiativen zur Steuerung der Berufswahl der Frauen für eine bessere Einkommenszukunft stärker greifen.

Grundvoraussetzung einer adäquaten Lebensqualität für Frauen ist ein Leben frei von gesundheitlichen Schädigungen, von Gewalt, von Armut und Diskriminierung. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Frauenpolitik liegt daher im Ausbau der

Prävention und der Verhinderung von Gewalt an Frauen sowie im Schutz und in der Betreuung von Opfern. Als konkrete Maßnahmen werden wir u.a. einen Aktionsplan zur speziellen Förderung von Migrantinnen (mit Deutschkursen, Qualifizierungsangeboten etc.) erarbeiten und zielorientierte Projekte gegen traditionsbedingte Gewalt (z.B. betreute Notwohnungen für Betroffene von Zwangsheirat) weiterführen.

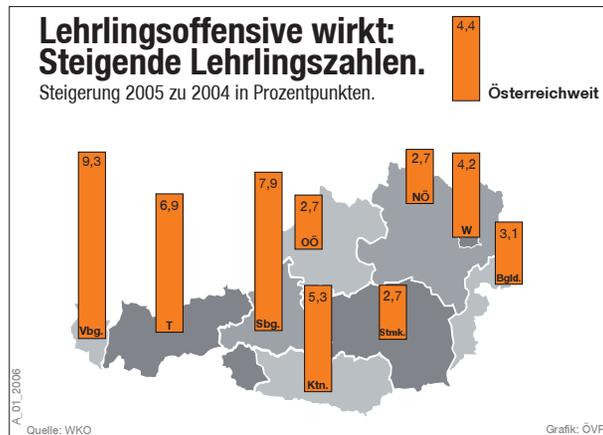
ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Initiative zur Erhöhung der Frauenbeschäftigungsquote.
- ▶ Gesetzliche Erhöhung des Frauenanteils in den Kollektivvertragsverhandlungsteams.
- ▶ Maßnahmen zur besseren Bewertung sogenannter frauenspezifischer Jobs.
- ▶ Weitere Schließung der Einkommensschere: u.a. durch Frauenförderpläne in Betrieben, Unterstützung von Mädchen bei der (atypischen) Berufswahl und Eliminierung von Stereotypen in der Arbeitsbewertung.
- ▶ Weitere Förderung von Frauen in Führungspositionen.
- ▶ Weiterer Ausbau der frauenspezifischen Weiterbildungsangebote im AMS.
- ▶ Chancengleichheitspläne und Personalentwicklungsmaßnahmen für die Privatwirtschaft.
- ▶ Ausbau der Frauenberatungsstellen und deren mehrjährige finanzielle Absicherung.
- ▶ Erhöhung des Frauenanteils in Spitzenpositionen in der Forschung.
- ▶ Aktionsplan zur speziellen Förderung von Migrantinnen.
- ▶ Ausbau der Gewaltprävention, Schutz und Betreuung von Opfern.

Klare Rechte. Sichere Chancen.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Jugendarbeitslosigkeit: Mehr als 11.000 neue Lehrstellen durch „Blum-Bonus“ und Lehrlingsprämie von 1.000 Euro pro Jahr.
- ▶ Lehrlingsoffensive des Bundes: 1.800 zusätzliche Lehrstellen bei Bund, Ländern und Gemeinden.
- ▶ Wehrdienst Neu: Seit 1.1.2006 auf sechs Monate reduziert.
- ▶ Zivildienst Neu: Seit 1.1.2006 auf neun Monate reduziert.
- ▶ Zivildienst: Pauschalvergütung für Zivildienst um 71 Euro erhöht.



Wir setzen uns für klare Standards für das Kindeswohl in Recht und Jugendwohlfahrt ein. Zur weiteren Belebung des Kindeswohls in Recht und Jugendwohlfahrt ist eine konkrete Definition des Begriffes „Kindeswohl“ erforderlich.

Wir bekennen uns zum Jugendschutz, der vor Gefahren für körperliche, geistige und seelische Entwicklung schützen und die Bereitschaft und Fähigkeit, für sich Verantwortung zu übernehmen, fördern will. Dabei sollen allen Jugendlichen die gleichen Möglichkeiten offen stehen. Da bis heute alle neun österreichischen Bundesländer eigene Jugendschutzgesetze haben, ist der Jugendschutz nicht einheitlich geregelt.

Jugendschutzbestimmungen, auf die vom Neusiedlersee bis zum Bodensee gleichermaßen vertraut werden kann, geben Eltern, Großeltern und sonstigen Erziehungs- bzw. Aufsichts-

personen mehr Sicherheit, und Kindern und Jugendlichen mehr Klarheit und Orientierung. Österreichweit harmonisierte Jugendschutzbestimmungen sollen daher als gemeinsames Projekt unter Einbeziehung von jungen Menschen und allen betroffenen Landes- wie Bundeseinrichtungen erarbeitet werden.

Gegenwärtig verdienen junge Menschen mit ihren Einstiegsgehältern teilweise nur ein Viertel jenes Einkommens, das bei einem normalen Karriereverlauf vor Pensionsantritt erreicht wird. Andererseits befinden sich gerade junge Menschen in der Zeit des „Aufbaus“: Sie schließen ihre Ausbildung ab, beginnen zu arbeiten, gründen eine Familie. Wohnraum muss geschaffen werden, ein Auto ist oft Voraussetzung für das Arbeitsleben. Die Umverteilung der Lebensverdienstsumme ist daher eine wichtige Forderung junger Menschen. Wir setzen uns deshalb für ein Umdenken ein, damit es für junge Menschen höhere Einstiegsgehälter bei einer abgeflachten Einkommenskurve in den folgenden Jahren gibt.

Für die jüngere und die ältere Generation gibt es Vergünstigungen in den Bereichen der öffentlichen Verkehrsmittel, der Museen sowie anderer Kultureinrichtungen. Das ist wichtig, um die Mobilität von Personen, die sehr oft über ein kleineres Budget verfügen, zu gewährleisten und ihren Zugang zu kulturellen Einrichtungen zu garantieren. Meist sind Pensionisten besser gestellt als Jugendliche. Wir fordern statt unterschiedlicher Rabatte für Studenten, Lehrlinge und Schüler einen günstigen Tarif für alle unter 26-Jährigen.

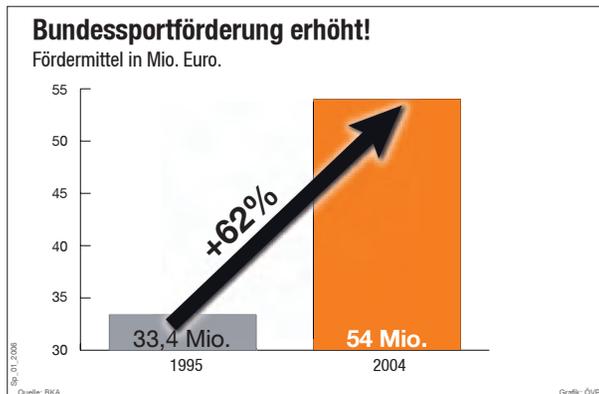
ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Neudefinition des Begriffs „Kindeswohl“.
- ▶ Österreichweit harmonisierte Jugendschutzbestimmungen.
- ▶ Neugestaltung der Lebensverdienstkurve mit höheren Einstiegsgehältern.
- ▶ Günstige Tarife für alle unter 26-jährigen im Bereich öffentlicher Verkehrsmittel und Kultureinrichtungen.

Österreich bewegen. Gesundheit fördern.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Erhöhung der Sportförderung auf 100 Mio. Euro.
- ▶ Steigerung der Besonderen Bundessportförderung von 33,43 Mio. auf 54 Mio. Euro – Steigerung um 62%.
- ▶ Mittel für den Fußballsport seit 2000 auf 36 Mio. Euro verdreifacht.
- ▶ Nachwuchsarbeit: Beim Bundesheer, an den 108 Sporthauptschulen und 20 Sportgymnasien, 13 Oberstufenrealgymnasien, 5 Sporthandelsschulen für Leistungssportler sowie 11 Hauptschulen und 6 Höhere Schulen ausschließlich für Skisport.



Wir wollen Österreichs Sportvereinen ihre wertvolle Arbeit für unsere Jugend erleichtern. Neben einer weiteren Forcierung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen benötigen die Vereine vor allem Unterstützung im Bereich der Infrastruktur. Wir treten daher für die Öffnung der öffentlichen Sportstätten an den Wochenenden und in den Ferien ein.

Wir wollen das gesamte Förderwesen administrativ zeitgemäß (z.B. Internet) gestalten und das bewährte One-Stop-Shop-Prinzip (Förderansuchen nur an eine Förderstelle) auch im Sportbereich einführen. Dabei ist uns die Einrichtung von Kontaktstellen für Sportkooperationen (Kindergarten, Schule, Senioren) besonders wichtig.

Wir wollen im Sinn des Präventionsgedankens den Gesundheitssport in Österreich weiter stärken. Regelmäßige

Bewegung unterstützt gesundheitspolitische Ziele. Sie kann das Herzinfarktrisiko senken, den Kreislauf in Schwung bringen und den Kopf für neue Aufgaben frei machen. Die Herausforderung liegt darin, auch die Gruppe der Inaktiven in Österreich zur Bewegung zu motivieren und sie von der Wichtigkeit eines gesunden und aktiven Lebensstils zu überzeugen. Damit soll so früh wie möglich begonnen werden: Spaß an der Bewegung im Kindergarten und in der Schule sowie die Förderung außerschulischer Aktivitäten müssen daher immer ein Teil der Ausbildung bleiben. Wir wollen vermehrt Lehrerinnen und Lehrer, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler zu sportlicher Betätigung animieren. Wir bekennen uns zum österreichischen Spitzensport und seiner Vorbildfunktion.

Daher streben wir eine weitere Professionalisierung der Strukturen im Spitzensport insbesondere im Bereich des Trainerwesens an. Wir wollen die zielorientierte Spitzensportförderung weiter ausbauen. Notwendig ist eine höhere Konzentration und bessere Abstimmung von bundesweit agierenden Förderungsgebern, an die auch eine Vernetzung von spitzensportrelevanten Arbeitsdisziplinen anschließen muss. Ebenso streben wir eine Vereinfachung des Einreich- und Abrechnungssystems der Förderungen an, damit sich der einzelne Spitzensportler ganz auf das Training und auf die Wettbewerbsvorbereitung konzentrieren kann.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Forcierung der Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen.
- ▶ Modernisierung des Sportförderungswesens.
- ▶ Stärkung des Gesundheitssports.
- ▶ Weitere Professionalisierung der Strukturen im Spitzensport.
- ▶ Ausbau der zielorientierten Spitzensportförderung.

Wissens- und Kulturraum Österreich – Bildung:

Das Leben begleiten. Die Zukunft sichern.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Noch nie soviel Geld für Bildung: Jährlich über 9 Mrd. Euro als Zukunftsinvestition für Bildung, Kultur, Wissenschaft und Forschung.
- ▶ Jeden Monat werden zwei Schulbauprojekte fertig gestellt: Seit 2000 155 Schulbauprojekte abgeschlossen, 145 weitere Projekte mit einem Bauvolumen von rund 766 Mio. Euro sind derzeit in Bau bzw. Planung.
- ▶ Schulen sind fit für das IT-Zeitalter: Heute sind alle Schulen ans Internet angeschlossen, 2000 waren es lediglich 30%, im Jahr 2000 30 Schüler pro Computer, heute 6 Schüler.
- ▶ Bildungsboom: Seit 2000 ist die Zahl der Schüler in höheren Schulen um 16.000 auf 260.000 gestiegen.
- ▶ Deutsch ist unverzichtbar: 330 zusätzliche Stützlehrer für Sprachförderung.
- ▶ Tagesbetreuungsplätze: Seit 2000 um 70% auf rund 70.000 erhöht.
- ▶ Mehr Zeit für die Kinder: 5-Tage-Woche für alle 6- bis 14-Jährigen.

Höchstes Bildungsbudget in Mrd. Euro



Quelle: BMBWK

Grafik: ÖVP

Für uns sind **Bildung und Ausbildung unverzichtbare Grundlagen für die Entwicklung des einzelnen Menschen**. Nur eine verlässliche, moderne und praxisorientierte Bildung und Ausbildung sowie eine lebensbegleitende Weiterbildung sichern Beschäftigungsfähigkeit und die Verwirklichung individueller Lebens- und Berufsziele. Gleichzeitig ist das Bildungssystem Basis für die Entwicklung eines Landes, seines wirtschaftlichen Erfolges und seiner Gesellschaft als Ganzes.

Wir bekennen uns zu Schulen, die Lern- und Lebensraum sind. Daher sollen in den Schulen, denen immer mehr Aufgaben übertragen werden, Lehrerinnen und Lehrer unterrichten, die

auf dem neuesten Stand der Pädagogik nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch die gesamthafte Persönlichkeitsbildung fördern. Denn sie sind es, die – neben den Eltern – Kinder und Jugendliche in ihrem Heranreifen zu eigenverantwortlich handelnden Persönlichkeiten unterstützen. Um dieser Herausforderung gerecht werden zu können, brauchen sie den Rückhalt der gesamten Gesellschaft. Das Wort des Lehrers und der Lehrerin muss wieder etwas gelten. Auch der Handlungsspielraum der Schulen muss weiter erhöht werden: So soll die Schule künftig auch diejenigen Lehrerinnen und Lehrer auswählen können, die sie an der Schule beschäftigen will. Die Schulen sollen auf Basis gesicherter Ressourcen selbstständig über die Klassen- bzw. Gruppengröße entscheiden. Richtwert sind 25 Schülerinnen und Schüler pro Klasse.

Unsere Bildungspolitik steht auf klaren Grundsätzen:

- ▶ Wir bekennen uns zum differenzierten Schulsystem. Die Vielfalt an verschiedenen Schultypen bietet den Kindern und Jugendlichen entsprechende Chancen und Möglichkeiten für ihre unterschiedlichen Begabungen. Wichtig ist uns dabei die Durchlässigkeit des Bildungssystems nach dem Grundsatz: Kein Abschluss ohne Anschluss.
- ▶ Bildung beschränkt sich nicht auf die Weitergabe von Wissen. Es geht auch um das Vermitteln von Werten und sozialen Kompetenzen. Dafür ist auch der moderne Religionsunterricht eine wichtige Basis. Für jene, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, soll im Regelschulwesen stattdessen Ethikunterricht angeboten werden.
- ▶ Wir wollen eine Schule, in der Leistung etwas wert ist. Eine Leistungsbeurteilung – in Form von Noten und Zeugnissen – ist für die Schüler Motivation und wichtige Vorbereitung auf ihr zukünftiges Berufsleben.
- ▶ Zur Sicherstellung der Erfolge und Qualität im Schulwesen brauchen wir Bildungsstandards an allen Nahtstellen im Bildungssystem.
- ▶ Wir treten für ein flächendeckendes, qualitativ hochwertiges Angebot an Tagesbetreuung ein. Jeder, der eine Tagesbetreuung braucht, soll eine bekommen können. Die Wahlfreiheit darüber, ob, in welchem Ausmaß und wie oft ein Kind die schulische Tagesbetreuung in Anspruch nimmt, muss auch weiterhin bei den Eltern bleiben.
- ▶ Neben der Projektförderung ist uns die Absicherung der Strukturen der gemeinnützigen Erwachsenenbildungseinrichtungen ein wichtiges Anliegen. Angesichts der immer gering werdenden Halbwertszeit des Wissens und der demografischen Entwicklung gewinnt das lebensbegleitende Lernen immer mehr an Bedeutung. Auf Basis dieser Grundsätze wollen wir unsere Bildungseinrichtungen gezielt weiterentwickeln.

Die zentralen Anliegen der Volkspartei sind:

► Wir verstehen schon den Kindergarten als Bildungseinrichtung. Kleinkinder sind neugierig und haben Freude am Erlernen von Neuem. Spielerische frühe Förderung bereits in der Vorschulzeit birgt eine große Chance für jedes Kind, auf einfache Weise Freude am Lernen vermittelt zu bekommen. Um dieses Ziel für alle Kinder in ganz Österreich möglich zu machen, soll gemeinsam mit den Ländern und Gemeinden ein bundesweiter Bildungsplan für den Kindergarten vereinbart werden, der auf regionale Besonderheiten Rücksicht nimmt. Parallel dazu braucht es eine laufende Aktualisierung der Aus- und Weiterbildung der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen. Unser großes Anliegen ist, dass alle Kinder, bevor sie in die Schule kommen, Deutsch können. Deshalb soll die „Frühe Sprachförderung“ im Kindergarten fortgeführt werden.

► Wir wollen verlässliche Volksschulen als Grundstein unseres erfolgreichen Bildungssystems. Modelle, die einen sanften Übergang vom Kindergarten in die Volksschule vorsehen, sollen in Absprache mit Ländern und Gemeinden gefördert werden. Für den weiteren Bildungserfolg sind Lesen, Schreiben und Rechnen die wichtigsten Grundlagen. Die Sprachkompetenz ist für das Erlernen dieser Kulturtechniken Voraussetzung. Deshalb sollen die speziellen Sprachförderkurse für Kinder, welche die Unterrichtssprache nicht verstehen, weitergeführt werden. Wir wollen den Computereinsatz in die laufende Unterrichtsgestaltung einfließen lassen und einen frühen Fremdsprachenunterricht intensivieren.

► Wir wollen eine erfolgreiche Integration von Kindern mit Behinderungen erreichen. Zur weiteren Qualitätssicherung bedarf es trotz vielfach guter Erfolge im Rahmen der Schulintegration stetiger Weiterentwicklung und Verbesserung. Um die Qualität der integrativen Maßnahmen sowohl für die Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen wie auch für die Klassengemeinschaft objektiver bewerten und verbessern zu können, wollen wir eine Evaluierung aller bestehenden und im Schulversuch befindlichen Modelle und Rahmenbedingungen. Ebenso notwendig ist ein Aufzeigen von Best Practice-Beispielen sowie einheitliche Qualitätskriterien, die gemeinsam mit Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen festzulegen sind.

► Wir wollen die Hauptschulen aufwerten. An unseren Hauptschulen wird hervorragende Arbeit geleistet. Durch ihre einzigartige Differenzierung in Leistungsgruppen gelingt es, die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren Begabungen bestmöglich zu fördern. Als wichtiger Schwerpunkt sollen die an den Volksschulen bereits eingeführten Sprachförderkurse für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache auf die Hauptschulen ausgeweitet werden.

► Wir wollen die Polytechnischen Schulen als optimale Vorbereitung auf die Lehre gestalten. Die Polytechnischen Schulen bereiten die Jugendlichen auf die duale Ausbildung vor. Wir wollen Kooperationsmodelle der Berufsschulen mit den Polytechnischen Schulen forcieren. Dadurch werden die angehenden Lehrlinge in einem Berufsfeld intensiv auf einen besseren Lehreinstieg vorbereitet.

► Wir wollen die Stärken der Allgemeinbildenden Höheren Schule hervorheben. Ihre Kernaufgabe muss es auch in Zukunft bleiben, eine profunde und umfassende Bildung mit gesichertem Allgemeinwissen zu vermitteln und für das eigenständige wissenschaftlich-methodische Arbeiten an Universitäten und Hochschulen vorzubereiten. Für die stärkere Besinnung auf ihre Kernaufgaben wollen wir den Gymnasien auch mehr Spielraum für die Gestaltung spezifischer Oberstufenformen geben.

► Wir wollen die Erfolgsgeschichte der berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen fortführen. Das berufsbildende Schulwesen stellt einen eindeutigen Wettbewerbsvorteil für unsere Schülerinnen und Schüler dar, indem es neben der Allgemeinbildung auch eine Berufsausbildung vermittelt. Zur Sicherstellung der Praxisnähe wollen wir die Kooperationen zwischen den Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen und der Wirtschaft weiter verstärken.

► Wir wollen die hervorragende duale Ausbildung für unsere Lehrlinge erhalten. Die duale Berufsausbildung hat sich zu einem wichtigen Eckpfeiler unserer erfolgreichen Wirtschaft entwickelt. Deshalb ist alles dafür zu tun, junge Menschen weiterhin direkt im Betrieb auszubilden. Bereits im Rahmen der Berufsschulzeit sollen Vorbereitungslehrgänge für die Berufsfreifprüfung als Karriereschritt bzw. zur Erlangung der allgemeinen Universitätsreife organisiert werden.

► Wir wollen die besten Lehrerinnen und Lehrer für unsere Kinder. Heute vertrauen Eltern darauf, dass Lehrerinnen und Lehrer nicht nur lehren, sondern zum Teil auch erzieherische Aufgaben übernehmen. Daher müssen wir unsere Lehrerinnen und Lehrer darauf vorbereiten und begleitend unterstützen. Gleichzeitig ist klarzustellen: Die Hauptverantwortung für die Erziehung der Kinder liegt bei den Eltern und kann nicht an die Schule delegiert werden.

► Bereits bei der Lehrerausbildung an den neuen Pädagogischen Hochschulen und den Universitäten soll unter starkem Praxisbezug von Beginn an verstärkt Augenmerk auf die didaktische und psychologische Komponente des Lehrberufs und die Eignung der Studierenden gelegt werden.

▶ Zusätzliche Erziehungsaufgaben erfordern neue pädagogische Interventionsmöglichkeiten. Die bewährten Verhaltensvereinbarungen haben sich als Modelle der partnerschaftlichen Zusammenarbeit bewährt und sind weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch, dass Regelverstöße klare Konsequenzen nach sich ziehen.

▶ Als begleitende Unterstützung für Lehrerinnen und Lehrer sollen in Zukunft die Schulpsychologen in engstem Kontakt mit der Schule stärker präventiv arbeiten.

▶ Im Rahmen des Lehrerdienstrechts wollen wir in Zukunft moderne Standards für den Lehrberuf schaffen und es Lehrerinnen und Lehrern erleichtern, während ihrer Laufbahn einige Jahre in der Privatwirtschaft zu verbringen und im Anschluss wieder in den Lehrberuf einzusteigen.

▶ Durch eine Neuverteilung der Lebensverdienstsumme soll für neu eintretende Lehrerinnen und Lehrer das Einkommen am Beginn angehoben werden und einen flacheren Verlauf nehmen.

▶ Darüber hinaus soll ein „mittleres Management“ an den Schulen eingerichtet werden.

▶ Wir wollen eine moderne und effiziente Schulverwaltung und Schulaufsicht. Im Sinne der Effizienzsteigerung der Schulverwaltung gilt es, Doppelgleisigkeiten aufzuheben. Dazu gehört die Errichtung von Landesbildungsdirektionen ebenso wie eine Umwandlung des derzeit bestehenden Inspektorensystems auf Bezirks- und Landesebene in ein regionales Bildungsmanagement.

▶ Wir wollen kleine Schulstandorte erhalten und die Klassenschülerhöchstzahl senken. Mit den sinkenden Schülerzahlen steigt die Anzahl von Klein- und Kleinstschulstandorten. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass kleine Schulstandorte so lange wie möglich erhalten werden. Wir treten für die Absenkung der Klassenschülerhöchstzahl auf einen Richtwert von 25 ein, wobei die Schulen auf Basis gesicherter Ressourcen autonom über die Klassen- bzw. Gruppengröße entscheiden.

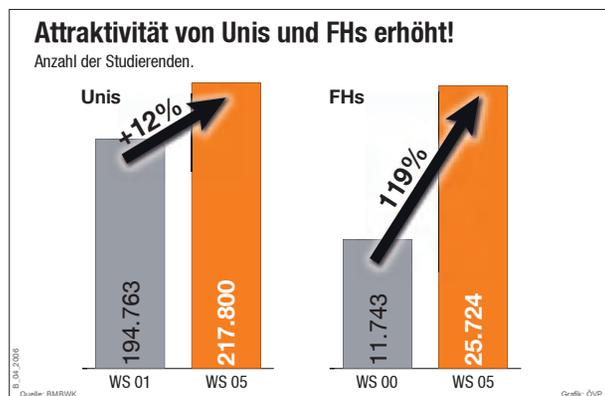
ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Vielfalt, Wahlfreiheit und Durchlässigkeit im Bildungssystem.
- ▶ Autonome Lehrerauswahl durch die Schulen.
- ▶ Ethikunterricht für alle, die sich vom Religionsunterricht abgemeldet haben.
- ▶ Ja zu Leistungsbeurteilungen im Schulsystem.
- ▶ Nationale und internationale Bildungsstandards.
- ▶ Flächendeckendes Angebot an Tagesbetreuung.
- ▶ Bundesweiter Bildungsplan für Kindergärten.
- ▶ Aktualisierung der Aus- und Weiterbildung der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen.
- ▶ Neue Modelle für den Übergang vom Kindergarten in die Volksschule.
- ▶ Intensiverer Computereinsatz und früherer Fremdsprachenunterricht in der Unterrichtsgestaltung.
- ▶ Bundesweit stärkere Förderung der Leistungsgruppen an unseren Hauptschulen.
- ▶ Mehr Sprachförderkurse für Kinder nicht-deutscher Muttersprache auch an Hauptschulen.
- ▶ Mehr Spielraum für Gymnasien bei der Gestaltung für spezifische Oberstufenformen.
- ▶ Erhaltung und Ausbau des berufsbildenden Schulwesens.
- ▶ Kooperationen von Berufsbildenden Schulen mit der Wirtschaft verstärken.
- ▶ Vorbereitungslehrgänge für die Berufsreifeprüfung bereits im Rahmen der Berufsschulzeit.
- ▶ Verstärktes Augenmerk auf die Eignung von Studierenden für den Lehrberuf in der Studieneingangsphase.
- ▶ Neue pädagogische Interventionsmöglichkeiten.
- ▶ Unterstützung für Lehrerinnen und Lehrer durch stärkere Zusammenarbeit mit Schulpsychologen.
- ▶ Modernisierung des Lehrerdienstrechts (moderne Karriereverläufe, Neuverteilung der Lebensverdienst-Kurve).
- ▶ Moderne und effiziente Schulverwaltung und -aufsicht.
- ▶ Erhaltung von kleinen Schulstandorten.
- ▶ Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen auf einen Richtwert von 25.

Kluge Köpfe fördern. Innovationen ernten.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Uni-Budget steigt: Seit 2000 um 16% mehr, heute mehr als 2 Mrd. Euro jährlich für unsere Unis.
- ▶ Universitäten sind attraktiv wie nie zuvor: 12% mehr Studierende, 27% mehr Studienanfänger, 23% mehr Absolventen, insgesamt rund 220.000 Studierende.
- ▶ Stipendien: Seit 2000 79%ige Erhöhung auf 188 Mio. Euro.
- ▶ Spitzenforschungseinrichtung in Klosterneuburg: 500 Mio. Euro zusätzlich für noch mehr Spitzenforschung.
- ▶ Fachhochschulbudget steigt: Seit 2000 von 64 auf 152 Mio. Euro mehr als verdoppelt.
- ▶ Fachhochschulen boomen: Zahl der Studierenden seit 2000 mehr als verdoppelt.
- ▶ Mehr Geld für Forschung: Von 1,9% im Jahr 2000 auf fast 2,5% vom BIP im Jahr 2006.



Unsere zentralen Anliegen in der Wissenschafts- und Forschungspolitik zielen darauf ab, die **Innovationskraft** unseres Landes nachhaltig zu stärken:

- ▶ Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Studierenden weiter verbessern. Um die qualitative Ausbildungssicherheit für unsere Studierenden zu erhöhen, ist eine regelmäßige Evaluierung unserer Universitäten und Fachhochschulen nach europäischen Maßstäben notwendig. Damit schaffen wir kontinuierliche Qualitätssicherung und bessere Vergleichbar-

keit. Nach einer erfolgreichen Ausweitung des Bezieherkreises der österreichischen Studienförderung wollen wir die Stipendien valorisieren.

- ▶ Wir wollen Österreich in der Spitzengruppe der Wissenschafts- und Forschungsstandorte Europas nachhaltig etablieren. Wissenschaft und Forschung sind die Basis für die Fortsetzung der österreichischen Erfolgsgeschichte: für die weitere Schaffung von Arbeitsplätzen, für die Erhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit, für Wirtschaftswachstum und damit letztlich für Wohlstand und soziale Sicherheit. Voraussetzung dafür sind moderne Universitäten und hoch entwickelte Forschungseinrichtungen. Mit mehr Autonomie und Finanzierungssicherheit für die nächsten drei Jahre schaffen wir die Voraussetzungen für die weitere Modernisierung der Universitäten. Die Universitäten erhalten für die Jahre 2007 bis 2009 vertraglich eine zusätzliche Milliarde Euro als Erhöhung des Globalbudgets und zur Generalsanierung der Gebäude. Damit verfügen die Universitäten über eine in Europa einzigartige Planungssicherheit. Auch die erfolgreiche Entwicklung der Fachhochschulen wird fortgesetzt. Seit dem Jahr 2000 wurde die Zahl der Studierenden an den Fachhochschulen verdoppelt, jene an den Universitäten um mehr als 12 Prozent gesteigert.

- ▶ Wir sichern eine dynamische Weiterentwicklung unserer Hochschullandschaft. Mit einer raschen Umsetzung der Universitätsmilliarde investieren wir in Lehre und Forschung sowie in die Modernisierung der Gebäudesubstanz. Als konsequente Fortsetzung des Fachhochschul-Ausbaus wollen wir mit einer zügigen Umsetzung des Fachhochschul-Entwicklungsplans III die Zahl der Studienplätze auf 33.000 steigern. Ein wesentliches Zwischenziel für einen wettbewerbsfähigeren Innovationsstandort Österreich liegt für uns in der Steigerung der Akademikerquote. Diese wollen wir bis 2010 auf 20% anheben.

- ▶ Wir wollen Spitzenforschung auf internationalem Niveau. Dafür braucht es bestens ausgebildete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Daher soll die leistungsbezogene Förderung des wissenschaftlichen Personals an den Universitäten verstärkt werden. Weiters sind universitäre Karrieremodelle und der gezielte Ausbau der Nachwuchsförderung für Forscherinnen und Forscher zu forcieren. Dazu gehören auch die Vereinfachung der Habilitations- und Berufungsverfahren sowie ein neuer Kollektivvertrag.

- ▶ Wir wollen eine Spitzenforschungseinrichtung in Österreich. Mit dem Aufbau des „Institute of Science and Technology – Austria“ (IST-A) in Klosterneuburg etablieren wir

in unserem Land eine internationale Spitzenforschungseinrichtung, die uns den Anschluss an das Netzwerk europäischer Exzellenzuniversitäten sichert.

Wir wollen mehr Frauen in der Wissenschaft. Die Initiative „Frauen in die Wissenschaft“ wird die Chancen auf Wissenschaftlerinnen-Karrieren verbessern und die speziellen Förderprogramme nach internationalen Best-Practice-Modellen weiterentwickeln. Insgesamt ist es unser Ziel, die Beschäftigtenzahlen in Forschung und Entwicklung bis 2010 um 20% – unter besonderer Berücksichtigung der Förderung von Frauen – zu steigern.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Regelmäßige Evaluierung der österreichischen Universitäten und Hochschulen nach europäischen Maßstäben.
- ▶ Erhöhung und Verbesserung der Stipendien für Studierende.
- ▶ Etablierung Österreichs als Spitzen-Wissenschafts- und Forschungsstandort.
- ▶ Umsetzung der „Universitätsmilliarde“.
- ▶ Fortsetzung der Fachhochschuloffensive.
- ▶ Steigerung der Fachhochschulstudienplätze auf 33.000.
- ▶ Anhebung der Akademikerquote auf 20%.
- ▶ Aufbau des „Institute of Science and Technology – Austria“ als Spitzenforschungseinrichtung.
- ▶ Förderung von Frauen in der Wissenschaft.
- ▶ Schaffung neuer Karrieremodelle an Universitäten.
- ▶ Unterstützung für neuen Kollektivvertrag für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den Universitäten.
- ▶ Steigerung der Beschäftigtenzahlen in der Forschung und Entwicklung um 20%.

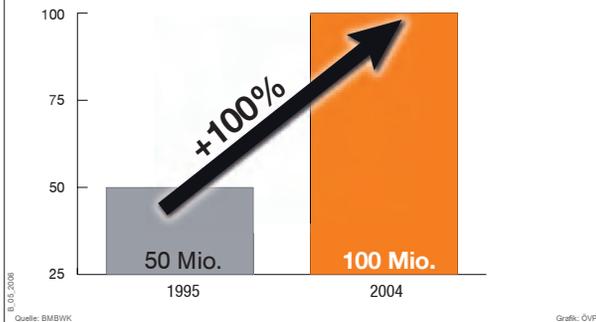
Vielfalt stärken. Von Kreativität profitieren.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Kulturnation Nr. 1: Mit 246 Euro pro Kopf höchstes Kulturbudget der Erde (Frankreich z.B. 185 Euro).
- ▶ Kulturbauten: Museumsquartier, Bregenz, Salzburg (Haus für Mozart, Museum am Berg), Albertina, Graz (Kunsthaus).
- ▶ Budget verdoppelt: Mit 100 Mio. Euro jährlich doppelt so hohe Mittel für die Bundesmuseen wie vor 10 Jahren.
- ▶ Besucherstrom: Mit rund 3,5 Mio. Besuchern im Jahr 2005 um 1,2 Mio. mehr Besucher in den Museen als vor 10 Jahren – allein seit 2000 Anstieg um 50%.
- ▶ Kulturtourismus boomt: Wertschöpfung von 1,7 Mrd. Euro pro Jahr.
- ▶ 6.000 Begünstigte aus der Künstlersozialversicherung (2000 geschaffen).
- ▶ Filmförderung und Filmfernsehförderung von 9 Mio. Euro auf 18 Mio. Euro verdoppelt.

Bundesmuseen-Budgetmittel verdoppelt!

Budgetmittel in Mio. Euro.



Kunst und Kultur haben in Österreich einen sehr hohen Stellenwert. Das gilt sowohl für das reiche kulturelle Erbe als auch für das zeitgenössische Kunstschaffen. Als Volkspartei sind wir einem Kunstbegriff verpflichtet, dem ein permanenter Wandel Aktualität sichert. Die in der Bundesverfassung verankerte Freiheit der Kunst sichert den unterschiedlichen Kunstströmungen und deren Vermittlung offene Wege zu ihrem Publikum. Daher ist es unser Ziel, ein Klima der Toleranz und Neugier zu fördern und die Rahmenbedingungen für die

bildende Kunst, die Architektur und das Design, die Literatur, das Theater, die Musik, den Tanz sowie für Film, Video und andere Kreativbereiche laufend den neuen, aus der Kunst selbst formulierten Anforderungen anzupassen. Wir wollen für die österreichische Kunst und Kultur Offenheit, Freiheit und Förderung.

Wir stehen für eine direkte und transparente Kunstförderung. Im Mittelpunkt steht die direkte Förderung des künstlerischen Schaffens und schöpferischer Leistungen, besonders auch der jungen Generation. Die Entscheidungsfindung in Gremien ausgewiesener Fachleute sichert ein hohes Maß an Objektivität, Transparenz und sozialem Augenmaß. Schwerpunktprogramme der letzten Jahre haben zu den erwünschten Erfolgen geführt. So wurden mit dem Ausbau von Architekturzentren in ganz Österreich über die Baudokumentation hinaus qualitative Debatten im Baugewerbe, in der Baukunst wie auch unter den Bauträgern und in der interessierten Öffentlichkeit in Gang gesetzt. Mit einem neuen Fonds zur Förderung der Vermittlung und Produktion zeitgenössischer Pop-Musik haben sich für heimische Künstler auch auf dem Weltmarkt neue Chancen aufgetan. Die Zahl der Stipendien und Preise wird laufend erhöht. Dem Engagement zugunsten der Kinder- und Jugendkultur wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Wir wollen den Film- und Medienstandort Österreich stärken. Die Filmförderung des Bundes ruht auf drei Säulen: Der Kinofilm wird durch das Österreichische Filminstitut (ÖFI), der experimentelle Film durch Kunstsubventionen und der Fernsehfilm durch einen neu geschaffenen Fernsehfilmfonds gefördert. Erfolge des österreichischen Films bei Festivals in aller Welt sind Anerkennung für hervorragende kreative Leistungen. Zur Unterstützung dieser positiven Entwicklungen wollen wir mit zusätzlichen Investitionen die Attraktivität Österreichs als Film- und Medienstandort stärken.

Bundestheater und Bundesmuseen sind Eckpfeiler der österreichischen kulturellen Identität. Besucherzahlen untermauern eindrucksvoll, welche wesentliche Rolle Kunst und Kultur im Bewusstsein der Österreicherinnen und Österreicher spielen. Durch die Ausgliederung aus der Ministerialverwaltung haben sie die Möglichkeit erhalten, als eigenständige Kunstinstitutionen zu agieren. Diese neue Bewegungsfreiheit soll weiter ausgebaut werden.

Wir treten auch für die Errichtung des "Haus der Geschichte der Republik Österreich" nach einer breiten wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskussion ein. Für einen neuen Museumscluster am Wiener Zentralbahnhof soll ein Generalplan erstellt werden.

Die laufende Fortsetzung der Digitalisierung von Sammlungen der Bundesmuseen, der Nationalbibliothek sowie des baukulturellen Erbes soll vor allem der jungen Generation den Zugang zum kulturellen Erbe erleichtern und ihr Interesse am Kulturerbe stärken. Dem Denkmalschutz als wesentlichem Faktor für den Tourismus in Österreich soll durch die Fertigstellung einer elektronischen Denkmaldatenbank Rechnung getragen werden, in der alle geschützten Baudenkmäler erfasst sind.

Ein wichtiges Anliegen ist uns die Förderung regionaler Vielfalt. Mit der Entfaltung der Regionen ist ein neues kreatives Potenzial gewachsen. Viele neue Kulturveranstalter gewinnen als Impulsgeber in den Regionen in künstlerischer und wirtschaftlicher Hinsicht Bedeutung. Daher werden wir die Förderungen regionaler Kulturinitiativen weiter ausbauen. Wir fördern die Kreativwirtschaft als Innovations- und Wachstumsmotor. Mit unseren Ideen zur Stärkung der „Creative Industries“ haben wir in der Kulturpolitik neue Standards gesetzt, um die Österreich beneidet wird. Besondere Initiativen werden für den internationalen Auftritt von Design und Mode-Kreationen aus Österreich entwickelt.

Auf dem Weg zur weltweiten Informationsgesellschaft gewinnt das Urheberrecht immer größere Bedeutung. Mit dem rasanten Wachstum in den elektronischen Kommunikationstechniken muss der weitere Ausbau des österreichischen und europäischen Urheberrechts einhergehen, um für Produktion, künstlerisches Schaffen und kreative Leistungen einen angemessenen materiellen Gegenwert auf den weltweit wachsenden Verwertungsmärkten zu sichern.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Anpassung der Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur an die neuen Anforderungen.
- ▶ Weitere Modernisierungen der Bundesmuseen.
- ▶ Errichtung des „Haus der Geschichte der Republik Österreich“.
- ▶ Erstellung eines Generalplanes für einen neuen Museumscluster am Wiener Zentralbahnhof.
- ▶ Direkte und transparente Kunstförderung, besonders für die junge Generation.
- ▶ Erhöhung der Zahl der Stipendien und Preise.
- ▶ Schwerpunkt Kinder- und Jugendkultur.
- ▶ Zusätzliche Investitionen zur Stärkung Österreichs als Film- und Medienstandort.
- ▶ Ausbau der Eigenständigkeit und Bewegungsfreiheit für Österreichs Kunst- und Kulturinstitutionen.
- ▶ Förderung der Kreativitätswirtschaft.
- ▶ Ausbau des österreichischen und europäischen Urheberrechts.

Sicherheit in allen Lebensbereichen. Zukunft für Rechtsstaat und Demokratie. Klare Pflichten zur Integration.

Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis, dem wir als Volkspartei in unserer Politik höchste Bedeutung zumessen. Die Menschen brauchen Sicherheit, um ein Leben in Freiheit und Würde zu führen, um sich entfalten und ihre Chancen wahrnehmen zu können.

Österreich zählt heute zu den sichersten Ländern der Welt. Das muss so bleiben. Sicherheit ist weder naturgegeben noch ein Geschenk: Sicherheit auf höchstem Niveau muss hart und professionell erarbeitet werden. Es ist daher für uns selbstverständlich, dass der Staat sehr aufmerksam problematische Entwicklungen und ganz besonders neue Bedrohungen wahrnehmen und darauf reagieren muss. Als Verantwortungspartei wissen wir: Wer Probleme nicht rechtzeitig anpackt, gefährdet die Sicherheit. Deshalb schauen wir überall dort, wo es Probleme geben kann oder gibt, ganz genau hin – und wir setzen rasch die richtigen Maßnahmen.

Unser sicheres Österreich ist zudem ein großer Standortvorteil für die Wirtschaft: Österreichs Unternehmer und Unternehmer aus dem Ausland, die bei uns investieren wollen, schätzen diesen Sicherheitsvorteil und schaffen daher in Österreich Arbeitsplätze. Auch für die Ansiedlung und den Sitz internationaler Organisationen sowie für die Durchführung von Großveranstaltungen wie Olympische Spiele und Europameisterschaften spielt die Sicherheit in Österreich eine zentrale Rolle. Daher hat die Sicherheit in unserer Politik in allen Bereichen Vorrang.

Innere Sicherheit:

Verbrechen vorbeugen. Verantwortung wahrnehmen.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ „Polizei Neu“ – Zusammenlegung Polizei & Gendarmerie.
- ▶ Gründung: Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, Büro für Interne Angelegenheiten.
- ▶ Modernste EDV im Einsatz der Exekutive.
- ▶ 750 Polizisten mehr auf der Straße als 1999.
- ▶ Zahl der Delikte seit Einführung der „Neuen Polizei“ markant rückläufig – Kriminalität sinkt um 6,7%.

Österreich: Top-3 bei der Sicherheit!

Sicherheitsindex 2006

Kategorie: „Sicherheit“, „Schutz des Eigentums“.

Staaten/Regionen	Index
1. Hongkong	9,57
2. Dänemark	9,39
3. Österreich	9,36
4. Finnland	9,29
:	
13. Deutschland	8,50

SL_01_2006

Quelle: IMD World, Competitiveness Yearbook 2006

Grafik: ÖVP

Unsere Zusammenlegung von Polizei, Gendarmerie und Zollwache zur „Neuen Polizei“ im Jahr 2004 hat sich bewährt. Moderne Strukturen ermöglichen mehr Sicherheit. Wir haben die Exekutive von viel Verwaltungsarbeit befreit. 750 Polizisten mehr als 1999 konnten für den Sicherheitsdienst vor Ort, auf der Straße bereitgestellt werden. Sie haben dabei bessere Rechtsgrundlagen, die modernste Ausrüstung und neue, computergestützte Aufklärungsmittel zur Hand. Das Ergebnis unserer Reformen: Die Verbrechenzahlen in Österreich sind rückläufig.

So positiv geklärte Verbrechen sind, das Augenmerk muss noch mehr in den Bereich der vorbeugenden Verbrechenbekämpfung verlegt werden. Denn der sicherste Staat ist für uns jener, in dem möglichst wenige Straftaten geschehen. Im Bereich der Prävention wollen wir uns besonders auf Verbrechen gegen Kinder, auf den Schutz vor Computerkriminalität und die neuen Formen der Wirtschaftskriminalität konzentrieren.

Als Familienpartei sind Kinder für uns ein besonders kostbarer Teil der Gesellschaft. Wer Kindern sexuell oder auf andere Weise Gewalt antut, ist härtestens zu bestrafen. Gezielte Aufklärungsaktivitäten sollen verhindern helfen, dass Verbrechen familiärer Gewalt unter den Teppich gekehrt werden. Manche, für Außenstehende völlig unverständliche Gewalttaten gegen Kleinkinder resultieren nach wissenschaftlichen Erkenntnissen aus einer Überforderung mit der neuen Familiensituation. Ein Coaching-Paket, das Ärzte und Sozialdienste mit einbezieht, soll helfen, Eltern besser zu unterstützen, die nach der Geburt von Kindern besondere Anzeichen von Stress und Überforderung zeigen. Besonderes Augenmerk wollen wir auf die Verhinderung von Wiederholungstaten legen.

Ein besonders wichtiger Teil der Vorbeugearbeit gilt der Verhinderung von Terror und der Terrorbekämpfung: Wir wollen die internationale und nationale Vernetzung stärken, weil sie der erste Schlüssel zum Erfolg in diesem Bereich ist. Es bedarf größtmöglicher Wachsamkeit vor Ort, um drohende Terrorgefahren zu erkennen. Überwachungsroutinen sind deshalb laufend zu überprüfen.

In diesem Zusammenhang ist erfolgreiche Integration – zu der sich die ÖVP bekennt – und die Verhinderung parallelgesellschaftlicher Strukturen von großer Bedeutung. Wer sich weigert, sich den österreichischen demokratischen und gesellschaftlichen Grundwerten anzupassen und wer zugleich Gewalt als ein Mittel zur Durchsetzung seiner eigenen Vorstellungen sieht, hat keinen Platz in unserem Land. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine wichtige Voraussetzung der Integration und stellt auch die Integrationswilligkeit unter Beweis.

Die Haltung der ÖVP im Bereich der Drogenkriminalität hat sich bewährt und soll fortgesetzt werden: Null Toleranz gegenüber Verführern, Händlern, Profiteuren und Hintermännern, aber bestmögliche Hilfe für jene, die sie brauchen.

Unser Ziel ist es, dass Verbrechen raschest möglich aufgeklärt werden. Daher ist es wichtig, den Sicherheitsorganen im Rahmen unserer rechtsstaatlichen Ordnung jene juristischen und organisatorischen Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, die sie brauchen, um wirkungsvoll arbeiten zu können. Die rechtlichen Möglichkeiten sind laufend auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, polizeiliche Mittel und Methoden müssen nach internationalen Vorbildern laufend verbessert werden und die Organisation ist so weiterzuentwickeln, dass ein flexibler und wirkungsvoller Ressourceneinsatz möglich ist. Insbesondere wollen wir sicherstellen, dass bei großen und komplexen Gewalt- und Wirtschaftsverbrechen Know-how und Personal in optimaler Weise gebündelt werden können, um eine noch schnellere Aufklärung zu gewährleisten.

Wir wollen die richtungweisenden Organisations- und Ausbildungsreformen der Polizei durch ein neues Berufsbild und gezielte Maßnahmen im Bereich des Berufs- und Führungsethos ergänzen. Selbstverständnis und Motivation der Polizistinnen und Polizisten, ihre Rolle in der Gesellschaft und ihr konkretes Agieren im Kontakt mit den Menschen spielen eine immer größere Rolle für den Erfolg ihrer Arbeit und damit für die Sicherheit im Land. Die Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse und der kulturellen Kompetenz spielt dabei eine besondere Rolle.

Eine besondere Herausforderung für unsere Sicherheit ist der wirkungsvolle Katastropheneinsatz und das Katastrophen-

management. Bei Katastrophen in Österreich und im Ausland – vor allem wenn Österreicherinnen und Österreicher betroffen sind, aber auch bei großen humanitären Notfällen im Ausland – sind unsere Hilfskräfte gefordert: Allen voran stehen hier die freiwilligen Hilfs- und Rettungsverbände (beispielsweise die Feuerwehren und das Rote Kreuz), aber auch die Gemeinde- und Landesbehörden sind gefragt. Polizei und Bundesheer sowie das Netz der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland arbeiten je nach Sachlage mit. Für uns steht außer Zweifel, dass jeder Bürger das Recht auf schnelle und bestmögliche Hilfe und Betreuung im Katastrophenfall hat. Um die Koordinationsstellen und Einsatzkräfte noch besser für diesen Fall vorzubereiten, soll künftig einmal jährlich auf Bundesebene unter Federführung des Innenministeriums eine große Einsatzübung als Training für den Ernstfall durchgeführt und die Öffentlichkeit über deren Ergebnisse informiert werden.

Innere Sicherheit ist längst ein Thema europäischer Zusammenarbeit. Kein Staat kann mehr für sich allein stehen, wenn es um die Verbrechensbekämpfung geht: Österreich hat als Mitglied der Europäischen Union – besonders auch während seiner Vorsitzführung – die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene intensiviert. Europa ist wichtig im Kampf für die Sicherheit der Bürger: im Kampf gegen die organisierte Kriminalität, den Menschensmuggel, den Drogenhandel und die Gefahren des Terrorismus. Eine gut abgestimmte, europäische Polizeizusammenarbeit macht Österreich noch sicherer.

Der Schengen-Raum ist Europas gemeinsamer Sicherheitsraum. Er soll in den kommenden Jahren um unsere Nachbarländer erweitert werden. Das bringt mehr Sicherheit, aber auch neue Herausforderungen für die Polizei. Die Ausweitung des gemeinsamen europäischen Sicherheitsraumes kann nur unter der Voraussetzung erfolgen, dass unsere Nachbarländer an ihren Außengrenzen die strengen europäischen und österreichischen Standards voll erfüllen. Wir garantieren, dass vor der Erweiterung des Schengen-Raumes diese Kriterien strengstens geprüft und die Schulung und Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden weiter intensiviert wird.

Auch in den Bereichen Asyl und bei der Erteilung von Sichtvermerken muss die europäische Zusammenarbeit intensiviert werden. Phänomene wie Asyl- und Visa-„Shopping“ müssen endgültig der Vergangenheit angehören.

Sicherheit ist für uns auch eine Frage der gesellschaftlichen Verantwortung. Wir wollen keinen Spitzelstaat und keine Bürgerwehren. Wir wollen ein bestmögliches Zusammenwirken der staatlichen Einrichtungen mit der Zivilgesellschaft. Unsere Verantwortungsgesellschaft schafft nachhaltig Sicherheit:

Denn nichts kann die Sicherheit besser gewährleisten, als Menschen, die aufeinander Rücksicht nehmen, die einander achten, die einander helfen und für einander Verantwortung übernehmen. Intakte Beziehungen in der Familie, in der Hausgemeinschaft und Nachbarschaft, in der Schule und am Arbeitsplatz und Zivilcourage sind jene Säulen der Sicherheit in unserem Alltag, auf die wir besonders achten wollen.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Ausbau der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung, vor allem gegen Gewalt gegen Kinder sowie gegen Computer- und Wirtschaftskriminalität.
- ▶ „Coaching-Paket“ zur Prävention von Gewalt in der Familie sowie gegen Kindesmissbrauch.
- ▶ Verstärkte europäische und internationale Vernetzung zur Terrorbekämpfung.
- ▶ Neues Berufsleitbild für eine moderne und bürgernahe Polizei.
- ▶ Modernes und wirkungsvolles Management für Katastropheneinsätze, vor allem unter Einbindung der freiwilligen Hilfs- und Rettungsverbände.
- ▶ Jährliche große Einsatzübungen für den Katastrophenfall.
- ▶ Strenge Sicherung des Schengen-Raumes.
- ▶ Bekämpfung des Asyl- und Visa-Shoppings durch stärkere europäische Zusammenarbeit.
- ▶ Stärkung der bürgergesellschaftlichen Verantwortungsgesellschaft für mehr Sicherheit vor Ort.

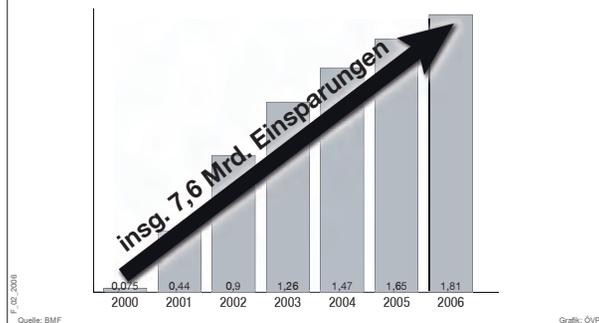
Rechtsstaat und Verwaltung modernisieren. Demokratie stärken.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Verwaltungsreform, mehr Bürgernähe und weniger Bürokratie – Einsparungen in der Verwaltung von insgesamt 7,6 Mrd. Euro seit 2000.
- ▶ e-government-Offensive – Österreich auf Platz 1 in Europa.
- ▶ Österreich-Konvent.
- ▶ Strafprozessreform.
- ▶ Verschärfung des Sexualstrafrechts.
- ▶ Modernes Nachbarschaftsrecht.
- ▶ Neuordnung des Kindschaftsrechts.

Weniger Bürokratie, sparsame Verwaltung!

7,6 Mrd. Euro Budgeteinsparungen durch Verwaltungsreformen.



Wir wollen eine moderne Bundesverfassung für unser Land, deren Grundlagen mit dem Österreich-Konvent bereits erarbeitet wurden. Ziel der Verfassungsreform ist ein übersichtliches, für die Bürger verständliches Verfassungswerk - ohne die zahlreichen einzelnen Nebengesetze und Verfassungsbestimmungen:

- ▶ In einem umfassenden und zeitgemäßen Grundrechtskatalog sollen auch die sozialen Grundrechte nach dem Vorbild der Europäischen Grundrechtscharta gewährleistet werden.
- ▶ Die Einrichtung von Verwaltungsgerichten in den Ländern soll eine sparsame, effiziente und bürgernahe Verwaltung sowie eine Verbesserung des Rechtsschutzes bewirken.
- ▶ Eine zeitgemäße, an den Fähigkeiten der Länder und Gemeinden anknüpfende Aufgabenteilung soll das Freiheitsprinzip des Föderalismus und die Gemeinden als Ort der bürgernahen Entscheidung stärken.

Das Allgemeine Wahlrecht gehört zu den Grundprinzipien unserer Verfassung, dessen Umsetzung angesichts der Mobilität unserer Gesellschaft und der technischen Entwicklungen zeitgemäß gestaltet werden muss. Einen wichtigen Schritt zur Sicherung der Teilnahme an Wahlen für alle Bevölkerungsschichten stellt die Einführung einer echten Briefwahl dar. Sind die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen, soll unter Wahrung der technischen Sicherheitsanforderungen die Weiterentwicklung des Wahlrechts in Richtung elektronischer Stimmabgabe in Angriff genommen werden. Wir sehen die Möglichkeiten der „e-Demokratie“ als ergänzende Option zur herkömmlichen Stimmabgabe. Diese Möglichkeiten sollen im täglichen Leben der Gemeinden viel stärker zur Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die sie betreffenden Entscheidungen genutzt werden.

Österreich ist einer der höchst entwickelten Rechtsstaaten der Welt. Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit sind ohne funktionierendes Justizsystem undenkbar. Österreich verfügt über ein unabhängiges und starkes Justizsystem, das allen internationalen Standards entspricht. Wir bekennen uns dazu, dass die Leistungsfähigkeit unserer unabhängigen Justiz erhalten bleiben soll und sie jene Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung hat, die sie zur erfolgreichen Wahrnehmung ihrer Aufgaben benötigt.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass sie so schnell wie möglich zu ihrem Recht kommen. Wir setzen uns daher für ein Programm zur Verfahrensbeschleunigung mit verbindlichen Etappenzielen und in weiterer Folge für die Festlegung einer maximalen Verfahrensdauer ein, die nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen überschritten werden soll. Ein wirksames justizinternes Kontrollsystem soll dabei sicherstellen, dass Entscheidungen so rasch wie möglich fallen und von keiner Seite verschleppt werden können.

Seit Jahren ist der Verwaltungsgerichtshof dauerhaft überlastet. Wir wollen daher in der Sache selbst entscheidungsbefugte Verwaltungsgerichte 1. Instanz als unabhängige richterliche Kontrollorgane gegenüber der Verwaltung einrichten (9 Landesverwaltungsgerichte und ein Bundesverwaltungsgericht 1. Instanz). Dadurch würde sich die Dauer der Verfahren drastisch verkürzen, was für die Bürgerinnen und Bürger nicht nur eine zeitliche, sondern auch eine finanzielle Erleichterung bringen würde. Neben den Verwaltungsgerichten der Länder und dem Verwaltungsgericht des Bundes soll es – soweit dies im Interesse effizienter und qualitativ hochwertiger Sachentscheidungen zweckmäßig ist – auch fachlich ausgerichtete Verwaltungsgerichte geben.

Wir treten für die Nicht-Diskriminierung von Lebensgemeinschaften ein. Zu diesem Zweck werden alle Gesetzesmaterien auf die Gleichstellung von Lebensgemeinschaften untereinander hin untersucht und angepasst. Wir wissen um die grundlegende Bedeutung der auf Ehe gegründeten Familie: Sie ist sicherer Boden für ein Geflecht wechselseitiger Rechte und Pflichten und ein unersetzbarer Ort, wo Kinder sicher aufwachsen und ihre Lebenschancen voll ausbilden können. Wir werden daher besonders darauf achten, dass die Familien den vollen Schutz und die volle Unterstützung des Staates genießen.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

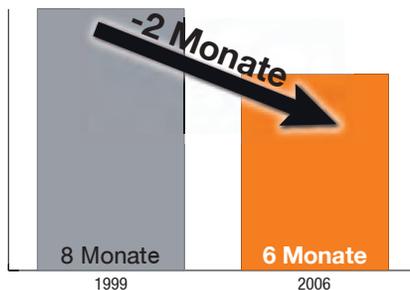
- ▶ Moderne Bundesverfassung auf Grundlage der Ergebnisse des Österreich-Konvents.
- ▶ Einführung der Briefwahl.
- ▶ Weiterentwicklung bürgerlicher Mitbestimmung durch Ausbau der „e-Demokratie“.
- ▶ Verfahrensbeschleunigungen im Bereich der Justiz mit Festlegung maximaler Verfahrensdauern.
- ▶ Einführung von Verwaltungsgerichten erster Instanz.
- ▶ Verbesserung der Rechtsstellung von Kindern und Stiefeltern.
- ▶ Stärkung von Ehe und Familie.
- ▶ Schutz der Kinder vor Triebtätern insbesondere vor Wiederholungstätern.

Dialog fördern. Frieden sichern.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Wehrdienst auf 6 Monate verkürzt.
- ▶ Attraktiverer Wehrdienst.
- ▶ Wirksame Katastropheneinsätze des Bundesheeres im Inland.
- ▶ Bürgerservice ausgebaut: Österreichische Botschaften helfen Österreichern im Ausland bei Notfällen immer öfter (2005 in 2.668 Notfällen im Ausland: 27% mehr als im Vorjahr).

Wehrdienst auf 6 Monate verkürzt!



Frieden und Stabilität sind die wesentlichen Errungenschaften, die Europa und Österreich seit Ende des Zweiten Weltkrieges kennzeichnen und zum Vorbild für die Welt machen. Diese Errungenschaften, die viele von uns heute als Selbstverständlichkeit erachten, im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger zu bewahren, ist unser vorrangiges außenpolitisches Ziel.

Wer Freunde hat, lebt sicher: Dieses Prinzip gilt auch für die internationalen Beziehungen. Mit unserer Außenpolitik in ihren unterschiedlichen Ausprägungen – im Rahmen der Nachbarschaftspolitik, in den Beziehungen zu den übrigen Staaten der Welt, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, der Auslandskulturpolitik oder im Rahmen der multilateralen Aktivitäten etwa der Vereinten Nationen – tragen wir dieser Tatsache Rechnung.

Österreich soll weiterhin ein verlässlicher und solidarischer Partner in der Welt sein. Wir bekennen uns daher zu einer

umfassenden Friedenspolitik, bei der die österreichische Neutralität eine spezifische und wichtige Rolle spielt. Diese Neutralität ergänzt die uneingeschränkte Solidarität in der Europäischen Union, in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und in den Vereinten Nationen. Die Erfüllung der Solidaritätsverpflichtungen im Rahmen der Europäischen Union ist ebenso Bestandteil unserer Friedenspolitik wie Friedensoperationen im Rahmen eines UN-Mandats.

Ein besonderer Schwerpunkt wird die Entwicklungshilfe sein. Österreich wird in Zukunft dafür mehr Mittel aufwenden. Die Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,51% des BIP bis 2010 ist dabei ein wichtiger Schritt zum Ziel von 0,7 % BIP im Jahr 2015. Wir wollen sicherstellen, dass diese Mittel auch zu einer echten Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen führen. Daher sollen diese Mittel vor allem zur Bekämpfung der Armut und einem besseren Lebensstandard führen. Gerade in Afrika ist diese Frage ebenso wichtig wie der Kampf gegen Aids und andere Seuchen, die tausende Menschen das Leben kosten und Kinder als Waisen zurücklassen. Neben der Armutsbekämpfung muss Österreich auch weiter für die Einhaltung der Menschenrechte und die Abschaffung von Folter und Todesstrafe eintreten. Österreich ist international über die Europäische Union hinaus aktiv und ist ein Partner in der Welt für Fragen der Sicherheit, der Menschenrechte und der Entwicklung. Die Nichtverbreitung von Atomwaffen, der Kampf gegen Landminen, aber auch internationale Initiativen gegen Drogen- und Menschenhandel sind wichtige Bereiche, in denen sich Österreich auch in Zukunft engagieren wird.

Natürlich wird für Österreich die UNO das multilaterale Gremium zur Sicherung des Friedens, der Sicherheit und der Gerechtigkeit bleiben. In den Vereinten Nationen soll Österreich auch weiterhin einen Beitrag dazu leisten. Ziel der österreichischen Außenpolitik ist ein Sitz im UN-Sicherheitsrat 2009/2010.

Österreich ist als Ort der Begegnung und des Dialogs international geschätzt und konnte dies gerade während seiner erfolgreichen EU-Präsidentschaft eindrucksvoll unter Beweis stellen. Auch zahlreiche internationale Organisationen wie die UNO, die OSZE oder die OPEC haben ihren Sitz in Österreich. Wir wollen Österreich und Wien als Amtssitz wichtiger Organisationen und UNO-Standort stärken. Österreich war immer ein aktiver Partner in multilateralen Fragen, und wir wollen diese Rolle in Zukunft festigen und ausbauen.

Wir müssen im Rahmen der Europäischen Union durch eine gemeinsame Außenpolitik für Sicherheit und Stabilität in

Krisenregionen sorgen. Unsicherheit, Konflikte oder Kriege lösen Flüchtlingsströme aus und rauben den Menschen ihre Zukunftsperspektiven. Dies erhöht den Auswanderungsdruck und führt zu rechtsfreien Zonen, in denen kriminelle Organisationen ungehindert operieren können. Deshalb ist es wichtig, dass Europa und Österreich in diesen Krisenherden politische Maßnahmen für eine friedliche Entwicklung unterstützen, wie dies im Kosovo, in Mazedonien, aber auch in Bosnien-Herzegowina, Serbien oder Albanien der Fall ist. Zur Stabilisierung solcher Krisenherde kann auch militärische Präsenz notwendig sein. Das Österreichische Bundesheer leistet in seinen Friedenseinsätzen im Ausland besonders wertvolle Arbeit, von der auch Österreich profitiert. Wir befürworten eine Europäisierung der Landesverteidigung im Rahmen des gesamten Spektrums der Europäischen Sicherheitspolitik – vom Katastropheneinsatz bis zu einer Friedensoperation zur Krisenbewältigung.

Die ÖVP bekennt sich vorbehaltlos zum Österreichischen Bundesheer und garantiert seine Handlungsfähigkeit.

Wir wollen ein Bundesheer,

- ▶ das seine Aufgaben der militärischen Landesverteidigung, wie etwa zum bestmöglichen Schutz der Bevölkerung vor biologischen und chemischen Bedrohungen und zum Schutz der österreichischen Neutralität erfüllen kann,
- ▶ das seine international geachteten Leistungen im Ausland für die Sicherung von Frieden und Stabilität weiter durchführen kann, und
- ▶ das der Bevölkerung im Katastrophenfall wirkungsvoll zur Seite stehen kann.

Wir stehen daher uneingeschränkt zur allgemeinen Wehrpflicht, die das Bundesheer fest in der Bevölkerung verankert. Die Miliz wird auch weiterhin ein unverzichtbarer Bestandteil der Einsatzorganisation des Bundesheeres sein. Als Ergebnis der Bundesheerreform haben wir die Wehrpflicht auf sechs Monate reduziert und die Ausbildung attraktiviert.

Der Zivildienst ist ein wichtiger Dienst unserer Jugend, der von der Bevölkerung und vor allem auch den vielen freiwilligen Rettungs- und Einsatzorganisationen sehr geschätzt wird. Wir stehen zu den Zivildienern, die zudem ein wichtiges Potential für Engagement in der Bürgergesellschaft sind.

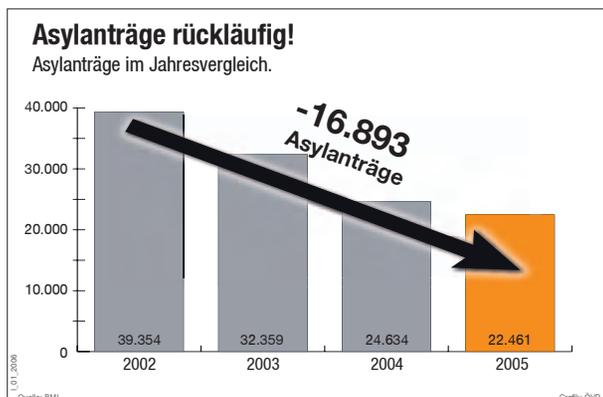
ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Bekenntnis zur österreichischen Neutralität und zur Solidarität in EU, OSZE und UNO.
- ▶ Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit (0,51% BIP bis 2010; 0,7% BIP bis 2015).
- ▶ Stärkung Österreichs und Wiens als Amtssitz internationaler Organisationen.
- ▶ 2009/2010 – Österreich mit Sitz im UN-Sicherheitsrat vorbereiten.
- ▶ Fortführung des österreichischen Engagements bei UNO-Einsätzen und zur Sicherung von Frieden und Stabilität in Krisenregionen.
- ▶ Modernisierung des Österreichischen Bundesheeres als Sicherheitsgarant Österreichs und Partner für die Österreichische Bevölkerung (vom Katastropheneinsatz bis zu Friedensoperationen), sowie verstärkte Zusammenarbeit des Bundesheeres mit zivilen Einsatzorganisationen.
- ▶ Europäisierung des Österreichischen Bundesheeres im Sinne der Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.
- ▶ Fordernde und attraktive Ausbildung für Kader- und Milizsoldaten sowie für Grundwehrdiener.

Integration fördern. Integration fordern.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Asylgesetz Neu: Rückgang der Asylwerberzahl: 2002 bis 2005 um minus 42,9%.
- ▶ Staatsbürgerschaftsrecht Neu: Rückgang der Einbürgerungen um 30 bis 40%.
- ▶ Integrationsvereinbarung und Staatsbürgerschaft: verpflichtende Sprachkurse als Vorbild in Europa.
- ▶ Sinkende Gesamtzahl der erteilten Erst-Aufenthaltstitel: im Vergleich 2005 zu 2006 um minus 73,3%.
- ▶ Deutsch = Schlüssel zur Integration.



Integration vor Neuzuwanderung: Dieses ÖVP-Grundprinzip haben wir in unserem neuen Asyl-, Fremden- und Staatsbürgerschaftsrecht fest verankert.

Asyl in Österreich ist weiterhin jenen garantiert, die es brauchen. Das entspricht den internationalen Standards, das entspricht auch der großen humanitären Tradition unseres Landes, die mit dem Ungarn-Aufstand vor 50 Jahren begonnen hat. Dieses Grundprinzip ist mit Hilfe rascher und missbrauchssicherer Verfahren umzusetzen und von einer ordentlichen Bundesbetreuung zu begleiten. So vermeiden wir, dass Asylwerber jahrelang in einem ungeklärten rechtlichen und wirtschaftlichen Status in Österreich leben müssen. Wir wollen ein unabhängiges Bundes-Asyl-Gericht, das schnellere Verfahren ermöglicht. Dadurch sollen der Rechtsschutz verbessert und die Qualität der Rechtssprechung gesteigert werden.

Die Neuzuwanderung nach Österreich soll nach den in den vergangenen Jahren etablierten rechtlichen Kriterien erfolgen. Wir anerkennen die großen Leistungen, die Zuwanderer und Neo-Österreicher für unser Land erbracht haben und erbringen. Schrankenlose Zuwanderung kann aber kein taugliches Zukunftsmodell für unser Land sein. Wir wollen daher ein Modell entwickeln, nach dem wir aktiv den Zuzug von Menschen steuern können, die Österreich zur Sicherung seiner wirtschaftlichen Entwicklung benötigt.

Der Integrationsfähigkeit Österreichs sind gegenwärtig enge Grenzen gesetzt. Die Zuwanderung muss sich daher – abgesehen vom Fall der Familienzusammenführung – auf jene Bereiche beschränken, die für die Entwicklung unseres Landes nötig sind (z.B. bestimmte Wirtschaftssparten, Wissenschaft und Forschung). Vorschlägen nach Generalamnestien für illegal Aufhältige erteilt die ÖVP eine klare Absage.

Die Integrationswilligkeit von Zuwanderern ist eine unverzichtbare Voraussetzung für deren dauernden Aufenthalt in Österreich. Sie darf sich nach Ansicht der ÖVP nicht bloß im Willen erschöpfen, in unserem Land zu leben und zu arbeiten. Dazu gehört auch die Bereitschaft, die deutsche Sprache zu erlernen und die österreichische Rechtsordnung vorbehaltlos zu akzeptieren. Dazu gehört es für uns aber auch, sich mit dem historischen und kulturellen Hintergrund unseres Landes auseinanderzusetzen und die gesellschaftliche Grundordnung, die auf Freiheit, Toleranz und Chancengleichheit für alle Menschen und auf einer Austragung von Konflikten für nach den hier geltenden Regeln beruht, anzunehmen. Diese Notwendigkeiten haben wir daher in Zusammenhang mit dem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz entsprechend berücksichtigt.

Wir bekennen uns gleichermaßen dazu, dass die öffentliche Hand Integrationsangebote bereitstellt. Dies betrifft vor allem die sprachliche Integration und die Integration von Schülerinnen und Schülern durch geeignete Maßnahmen im Unterrichtswesen. Wir fordern alle Gebietskörperschaften auf, dieses Ziel durch entsprechende Maßnahmen zu unterstützen. Ein Beispiel dafür sind Maßnahmen in der Siedlungs- und Wohnungspolitik der Gebietskörperschaften zur Verhinderung von Ghettobildungen.

Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft stellt nach Auffassung der ÖVP den Abschluss einer erfolgreichen Integration in Österreich dar, die auch von einer Identifikation des Einbürgerungswerbers mit unserem Land getragen sein muss. Auch diesen Grundgedanken haben wir im Staatsbürgerschaftsrecht verankert.

Wir treten dafür ein, dass Integrationsmaßnahmen vom Bundesministerium für Inneres regelmäßig evaluiert und auf einheitliche und rechtmäßige Durchführung überprüft werden. Dabei sollen in allen Fragen einheitliche Durchführungsvorschriften erlassen werden.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Integration vor Neuzuwanderung.
- ▶ Einrichtung eines unabhängigen Bundes-Asyl-Gerichts.
- ▶ Zweckgerichtete Steuerung des Zuzugs von Ausländern durch ein Modell, das die österreichischen Interessen sichert.
- ▶ Integrationswilligkeit von Ausländern sowie Bereitschaft, die deutsche Sprache zu erlernen als Schlüssel für eine gelungene Integration.
- ▶ Keine Generalamnestien für illegale Ausländer.
- ▶ Verstärkte Integrationsangebote der öffentlichen Hand, vor allem im Unterrichtswesen.
- ▶ Unterstützung von Maßnahmen in der Siedlungs- und Wohnungspolitik zur Vermeidung von Ghetto-bildungen.
- ▶ Sicherung der einheitlichen Durchführung der Integrationsmaßnahmen, vor allem durch bundesweit einheitliche Durchführungsvorschriften im Bereich des Deutschunterrichts und der Prüfung der Deutschkenntnisse im Vollzug des Fremden- und Staatsbürgerschaftsrechts.

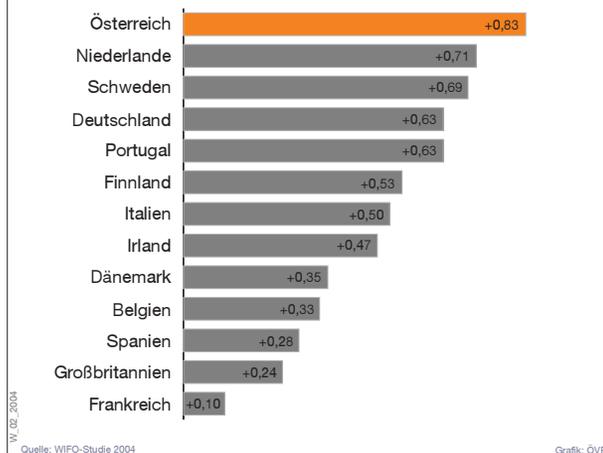
Herausforderungen lösen. Europa leben.

Österreich. Hier geht's uns gut.

- ▶ Mehr Schwung für Europa – Diskussion zur Zukunft Europas ist wieder im Gange.
- ▶ Stärkere Präsenz Österreichs in der EU und der Welt sichergestellt.
- ▶ Bis 2010 plus 10 Mio. Arbeitsplätze in der EU als Ziel beschlossen.
- ▶ Einigung zur EU-Dienstleistungsrichtlinie.
- ▶ Sicherung der EU-Förderprogramme ab 2007.
- ▶ EU-Förderung für Österreichs Bauern bis 2013 gesichert – 3,5 Mrd. Euro.
- ▶ Gemeinsame Energiepolitik als europäisches Anliegen
- ▶ Österreich als Ort des Dialogs (UN-Amtssitz Wien gefestigt, Dialog der Kulturen und Religionen in Graz und Wien).
- ▶ Heranführung der Balkanländer an Europa – mehr Stabilität am Balkan heißt mehr Sicherheit und Chancen für Österreich.

Österreich profitiert am meisten!

Zusätzliches Wirtschaftswachstum 2005/2006 durch die EU-Erweiterung.



Die Volkspartei ist anerkanntermaßen „die“ Europapartei Österreichs. Wir haben den österreichischen Weg in die EU gestaltet, wir haben unser europäisches Engagement zuletzt während des österreichischen EU-Vorsitzes im ersten Halbjahr

2006 deutlich gezeigt. Auf die Europaorientierung der Volkspartei ist Verlass. Wir wollen an der Zukunft des europäischen Friedensprojektes weiter aktiv mitwirken und die Chancen nützen, die uns Europa bietet: in der Wirtschaft, in der Sicherheit, in der Außenpolitik und im Sozialbereich.

Die wirtschaftliche Dynamik der europäischen Integration kommt Österreich als heutigem Export-Europameister besonders zugute. Sie ist auch ein Ergebnis der guten Nachbarschaft: Das Verhältnis zu unseren Nachbarn war noch nie so gut wie heute. Die regionale Zusammenarbeit funktioniert und soll vertieft werden, um Verkehrs- und Infrastrukturprobleme, Umweltfragen und gemeinsame Sicherheitsfragen zu lösen.

Als Europapartei ist für uns klar: Europapolitik ist keine Befürwortung aller Entwicklungen in Europa. Es geht uns um eine sachlich fundierte Kritik, der auch konstruktive Lösungsvorschläge folgen, die auch umgesetzt werden. So nützen wir Europa und damit auch Österreich.

Wir treten für eine offene, konstruktive und lösungsorientierte Debatte über die Zukunft Europas ein. Wichtig ist ein neuer Verfassungsvertrag, damit Europa rasch entscheiden und agieren kann. Wichtig ist, die künftige Finanzierung der Union nach 2013 aus eigenen Mitteln zu ermöglichen, z.B. aus einer europäischen Kerosinsteuer oder einer Besteuerung von Finanztransaktionen.

Wir setzen auf ein Europa der konkreten Projekte und Resultate in jenen Bereichen, die den Bürgerinnen und Bürgern am Herzen liegen: Sicherheit, Beschäftigung, Wachstum, Umweltschutz. Ein konkretes Beispiel dafür ist die Konsularzusammenarbeit der Mitgliedsstaaten im Ausland, die wir weiter ausbauen wollen: Schutz und Hilfestellung für österreichische Bürger bei Gefahren im Ausland sowie von österreichischen Investitionen sind unverzichtbare Leistungen.

Für bessere Kontakte mit den alt-österreichischen Minderheiten in Europa wollen wir eine Koordinationsstelle schaffen, die den Österreich-Bezug unterstützen soll. In diesem Zusammenhang würdigen und anerkennen wir die Leistungen, welche die Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau unserer Republik beigetragen haben. Wir bekennen uns zur österreichischen Schutzfunktion für die österreichische Volksgruppe in Südtirol.

Das Europäische Lebensmodell - Erhaltung und Respekt der europäischen Vielfalt, Kombination von sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Dynamik – ist uns ein zentrales Anliegen. Das Ziel einer weltweit gerechten, ökosozialen Wirtschafts- und

Gesellschaftsordnung verfolgt der „Global-Marshall-Plan“, dessen Ansätze und Vorschläge wir als wertvolle Diskussionsgrundlagen begrüßen: Freiheit und Solidarität, Verantwortung für die Welt.

Dem Prinzip der Subsidiarität kommt bei der weiteren Entwicklung der Europäischen Union besondere Bedeutung zu: Die EU ist nicht für alle Lebensbereiche zuständig – eine vernünftige und nach Gesichtspunkten der Bürgernähe ausgerichtete Aufgabenteilung zwischen der Union und den Mitgliedsstaaten soll die weitere Entwicklung der Union bestimmen. Entsprechend diesem Grundgedanken hat eine sorgfältige Aufgabenkritik zu erfolgen. Wir haben im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft entsprechende Impulse gegeben und werden diesen Kurs im Rahmen unserer Europapolitik beibehalten.

Die Erweiterung hat sich für die Europäische Union bewährt. Sie war sowohl aus Sicht der neuen als auch aus Sicht der alten Mitgliedsstaaten richtig. Österreich hat von der Erweiterung der Union von allen Mitgliedsstaaten am meisten profitiert. Auch die Perspektive für die Staaten am Balkan, die zweifelsfrei zu Europa gehören, muss erhalten bleiben. Wir werden aber in der künftigen Erweiterungsdebatte auch darauf bestehen, dass nicht nur die Reife des Kandidatenlandes, sondern auch die Aufnahmefähigkeit der Union selbst ein gleichwertiges Aufnahmekriterium ist. Österreich hat durchgesetzt, dass die Verhandlungen der EU mit der Türkei einen offenen Ausgang haben werden. In Österreich werden als letzte Instanz die Bürger im Rahmen einer Volksabstimmung ihre Stimme zur Frage eines allfälligen EU-Beitritts der Türkei abgeben.

Wir sehen es als unsere Aufgabe, die Zustimmung der Österreicherinnen und Österreicher zum Europäischen Friedens- und Wohlfahrtsprojekt durch eine entsprechende Europapolitik, aber auch durch Information über Europa und die Kommunikation seiner Zukunftsthemen zu verstärken. Dass dies möglich ist, hat unser EU-Vorsitz 2006 gezeigt. Wir wollen eine sichere Zukunft für Österreich in Europa.

Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union zu ihren strategischen Partnern sieht die ÖVP als wichtiges Thema an. Mit Russland, aber auch mit der Ukraine und anderen Ländern, z.B. im Kaukasus, muss Europa auch im eigenen Interesse ein enges Netz an Beziehungen knüpfen, das von Wirtschaft über Sicherheit bis zu Kultur reicht.

ÖVP-Initiativen. Österreich. Bleibt besser.

- ▶ Neue Verfassung für Europa aufgrund einer offenen und lösungsorientierten Debatte über die Zukunft Europas.
- ▶ Diskussion einer europäischen Kerosinsteuer oder einer Besteuerung von Finanztransaktionen.
- ▶ Verstärkte Konsularzusammenarbeit der EU-Mitglieder für weltweit gewährleisteten Schutz und Hilfe für österreichische Staatsbürger.
- ▶ Weiterentwicklung des Europäischen Lebensmodells und Diskussion der Vorschläge des „Global-Marshall-Plan“.
- ▶ Stärkung der Subsidiarität und eine bürgernähere Aufgabenteilung zwischen EU und Mitgliedsstaaten.
- ▶ Unterstützung der europäischen Perspektive für die Staaten am Balkan.
- ▶ Jedenfalls Volksabstimmung in der Frage EU-Beitritt der Türkei.

Mehr als 45.000 Österreicherinnen und Österreicher haben bei den Zukunftsgesprächen im ersten Halbjahr 2006 an diesem Programm mitdiskutiert.

Viele darunter haben ganz konkrete Beiträge für das Entstehen dieses Programms geliefert.

Allen Zukunftsdenkerinnen und Zukunftsdenkern ein herzliches „Danke“ für die Anregungen und Vorschläge.

Alle, die an diesem Wahlprogramm mitgewirkt haben, finden sich namentlich unter www.oevp.at/inhalte.

Das Wahlprogramm erscheint in Kooperation von:

MODERNPOLITICS
POLITISCHE AKADEMIE DER ÖVP
www.modernpolitics.at



Impressum:

Argumentekarte: 17a

Medieninhaber: ÖVP Bundespartei, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien,
DVR-Nr.: 0076520

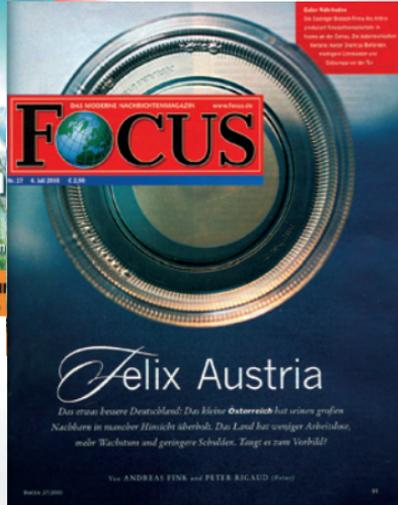
Nachbestellungen bitte unter 01/40 126-100 oder service@oevp.at

Stand: September 2006

Druck: Offset 5020 Druckerei & Verlag Ges.m.b.H., 5020 Siezenheim

„Österreichs Erfolg heißt Wolfgang Schüssel“

Die Welt



Österreich, Du hast es besser

Wer hätte das gedacht. Die verküsterete Republik hängt Deutschland ab. Hier sind die Gründe.

VON MICHAELA SEISER
Mobile Arbeitnehmer
Österreich

rivertägigen vereinb
höhungen liegen in
doch immer viel zu
den Gewerkschaften
Erhöhungen. Am
schaften weigen sich
handlungen stets sich
den Zustand der Bräu
dern über alle wichtigen
Umgestaltung, bestr

„Dieser Wolfgang Schüssel ist schon ein unglaublicher Bursche. Er ist ein großer Mann.“ *Kronen Zeitung*



„Als Krisenmanager ist der Kanzler unbestritten – auch über die ÖVP hinaus.“ *Kurier*

www.oevp.at